Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 293. Mittwoch, den 15. Dezember 1915. 22. Jahrg.

Ostpreußische Kriegsgreuel.

Von Otto Hué, Mitglied des preußischen Landtages.

Die Kommission des preußischen Landtages, welche gegen Ende August d. Js. eine Besichtigungsreise durch die von dem Krieg unmittelbar betroffenen Gebiete Ostpreußens unternahm, hat nun durch ihr Mitglied, den Abg. Fuhrmann, einen Bericht erstatten lassen, der zunächst als nichtoffizielle Landtagsdrucksache zur Verteilung gelangt ist. Unser Genosse Paul Hirsch nahm als sozialistisches Mitglied an der Besichtigungsreise teil; er hat bereits in einer Anzahl sozialistischer Parteiblätter über seine Reiseeindrücke geschrieben. Der Fuhrmannsche Bericht muß als Einleitung zu den in Anhängen wiedergegebenen offiziellen Aeußerungen der ostpreußischen Landwirtschaftskammer und der Landräte in den besonders arg verwüsteten Kreisen bewertet werden. Diese Aeußerungen aber entrollen ein so tief trauriges und auch lehrreiches Bild von den Kriegswirkungen in Ostpreußen, daß es sich schon lohnt, die objektiven amtlichen Feststellungen zu Nutz und Frommen sowohl der einen wie der anderen Seite einem möglichst weitem Kreise bekannt zu machen.

Herr Abg. Fuhrmann, der bekanntlich nicht zu den Leuten gehört, die wie wir den Krieg grundsätzlich bekämpfen, faßt seinen totalen Reiseeindruck in die Worte zusammen:

„Eine nicht abreißende Reihe erschütternder Bilder war es, die die Fahrt vom ersten bis zum letzten Augenblick begleitete. Keine Wiedergabe durch Wort und Bild kann den Eindruck beschreiben, den man von diesen Trümmerstätten empfing. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das unmittelbare Grauen, das die Kriegsfurie hier hinterlassen hatte, bereits wieder verschwunden war ..."

Der Berichterstatter schildert dann weiter, daß bereits umfangreiche Aufräumungsarbeiten durchgeführt und bedeutende Neubauten begonnen seien. Also den ganz frischen Eindruck von den grauenhaften Vernichtungen haben die Reisenden nicht mehr bekommen und doch ist der ganze Bericht nebst Anhängen eine einzige Anklage gegen den Krieg! Von den uns früher vorgesetzten Verhimmelungen des „frisch-fröhlichen Krieges" als einem „Jungbrunnen für die Völker" wird man in der Denkschrift nichts finden, auch von „sittlich stärkenden Wirkungen des Krieges" ist keine Rede. Eine Druckseite nach der anderen ist angefüllt mit Darstellungen kulturvernichtender Zerstörungsakte, von denen man die ärgsten nicht auf „Kriegsnotwendigkeiten" zurückführen kann. Sinnlos, barbarisch, viehisch hat die Kriegsfurie gehaust. Akte sadistischer Mordlust sind in Fülle vorgekommen. Auf den Menschen- und Kulturfreund können diese erschütternden Kriegsdokumente nur als ein einziger Ansporn zur Erhöhung der Kriegsfeindschaft wirken.

Nur ein verhältnismäßig kleines östliches Grenzgebiet hat die Kriegsschrecken unmittelbar zu fühlen bekommen. Und doch sind hier schon 24 Städte und fast 600 Dörfer ganz oder teilweise zerstört worden! Zirka 2000 Zivilpersonen sind von den Russen getötet oder schwer verletzt worden durch unsägliche Mißhandlungen. 10 700 Zivilpersonen sind nach Rußland verschleppt. 350 000 bis 400 000 ostpreußische Flüchtlinge haben ihre Heimat vor dem Russeneinfall Hals über Kopf verlassen müssen; am ärgsten wurde während des zweiten Russeneinfalls namentlich von Kosaken gehaust.

Die offiziellen Berichte heben loyal hervor, daß manche russische Truppen sich menschlich verhielten, andere sich aber um so barbarischer an Leben und Eigentum der Zivilbevölkerung vergingen. Fast die ganze Bevölkerung der besonders betroffenen Kreise hat sich auf die Flucht begeben, Zehntausende Menschen, meist ältere Männer, Greise, Frauen und Kinder (die militärpflichtigen Einwohner waren zu den Fahnen einberufen) bevölkerten nun die Landstraßen, kampierten im ärgsten Unwetter in den Chausseegräben oder im freien Felde abseits von den Kunststraßen, die für die verschiedenen Truppen reserviert werden mußten. Viele dieser Flüchtlinge sind buchstäblich auf der Straße krank zusammengebrochen, sind gestorben, verdorben; die Familienangehörigen kamen auf der angstvollen Flucht auseinander. Hinter sich ließen sie das Erträgnis jahrzehntelanger Arbeit zurück, sahen sie die Flammen aus den Dächern des ausgeraubten Anwesens schlagen. Tausende Zivilpersonen wurden erschlagen oder verstümmelt, oder in unbekannte Fernen verschleppt. Und als endlich nach der zweiten Vertreibung der Russen den teilweise weit bis nach Westdeutschland verstreuten ostpreußischen Flüchtlingen militärischerseits die Erlaubnis zur Heimkehr gegeben werden durfte, da kamen sie „heim" zu den ausgebrannten Trümmerstätten, in deren Höhlen das Grausen wohnt. Wilden Tieren gleich mußten nun zahlreiche Heimgekehrten in schrecklichen Gelassen, in Erdhöhlen usw. kampieren, bis erst notdürftig eine bessere Unterkunft geschaffen werden konnte.

Unwillkürlich fällt einem beim Lesen dieser Schauerlichkeiten ein, was Karl Kautsky so treffend 1911 über die Volksstimmung beim Ausbruch eines Kriegs geschrieben hat: „Nichts fürchtet ein Volk mehr als einen feindlichen Einbruch über seine Grenzen!" Die uns vorliegende, bei weitem nicht einmal vollständige Leidensgeschichte der ostpreußischen Bevölkerung läßt nicht nur die von Kautsky damals zutreffend geschilderte Panikstimmung namentlich der Grenzbevölkerung durchaus begreiflich erscheinen, sondern wir verstehen nun erst völlig, warum in den kritischen Augusttagen 1914 auch Parteigenossen, die sonst grundsätzlich für die Budgetablehnung sind, noch schwankende parlamentarisch tätige Parteivertreter beschworen haben, doch ja die Kriegskredite zu bewilligen. Das Gegenteil würden auch die ostpreußischen Parteigenossen nicht verstehen. Gerade wer auf die Berücksichtigung der Massenstimmung hohen Wert legt, der muß die Volksstimmung in jenen Tagen auch in sein parteitaktisches Kalkül einstellen, auch jene, welche inzwischen wieder zur Intransigenz „umgelernt" haben.

In dem Bericht über den Kreis Lyck, den die Russenherrschaft am längsten besaß (130 Tage) wird mitgeteilt, hier seien 300 Zivilpersonen ermordet und etwa 1000, darunter Frauen und Kinder, nach Rußland verschleppt worden! 1800 Wohnhäuser und mehr als 2000 Wirtschaftsgebäude wurden zusammengeschossen und niedergebrannt, mindestens ebensoviel beschädigt. Etwa 3000 Landbewohner gerieten in russische Gefangenschaft: „Im allgemeinen wurden diese Leute von den Russen nicht schlecht behandelt, nur die Mädchen und jungen Frauen hatten in dieser Zeit mancherlei auszustehen." In anderen Teilen des Berichts werden weniger zurückhaltend barbarische Schändungen von Mädchen und Frauen mitgeteilt. Sodann heißt es über Lyck:

„Seit dem 14. Februar hat sich Stadt und Land allmählich wieder angefüllt und werden heute über 35 000 Menschen im Kreise anwesend sein. Die Zahl wird sich bald mehren, sobald Lyzeum und Gymnasium in Betrieb gesetzt und die Wohnungen einigermaßen wohnbar gemacht werden."

Mit anderen Worten: Die besser situierten Bevölkerungskreise haben sich hauptsächlich aus dem Kriegsgebiet entfernt und sind noch draußen geblieben, während die ärmere Bevölkerung sich mehr ortsanwesend hielt und sie ihr stärkerer Drang nach der heimatlichen Erde am ehesten wieder heimtrieb. Ist es nicht auch aus Belgien und Nordfrankreich bekannt geworden, daß sich das vermögende Bürgertum meist in das innere Frankreich und nach England begab, um dem unmittelbaren Wüten des Krieges zu entgehen; und daß umgekehrt eine auch relativ größere Menge des Proletariats in den kriegsumtobten Heimstätten verblieb, respektive hierher zurückkehrt?! Darum eben auch kann das Verhalten der politischen Parteien in Sachen der Vaterlandsverteidigung nicht nach billigen Schlagworten zumal solcher Parteigruppen in neutralen Ländern bewertet werden, die sehr weit vom Schuß die natürlichen Empfindungen einer Bevölkerung in dem von der Kriegsfurie bedrohten Lande ganz außer acht lassen. Wie jene ostpreußischen Parteigenossen, die unserer Fraktion die hochkritische Situation in ihrer Heimat anschaulich dargestellt haben, so kann auch Schreiber dieses aus persönlichen Unterredungen mit zahlreichen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet untergekommenen ostpreußischen Flüchtlingen bestätigen, daß der Volksteil, welcher die Kriegsschrecken unmittelbar in der Heimat erlebt hat, es absolut nicht verstanden hätte, wenn sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 anders als geschehen verhielt. In die Gefühlswelt dieser Hunderttausender ostpreußischer Flüchtlinge, die eben das nackte Leben retteten, die zahlreiche nächste Verwandte und Freunde verschleppt, mißhandelt, geschändet und ermordet wissen, in die Gefühlswelt dieser Menschen muß man sich versetzen, wenn man sich vorstellen will, wie auch die Arbeitermassen politisch reagierten, wenn Deutschland überhaupt der Hauptkriegsschauplatz geworden wäre und unsere politischen Gegner dann die Möglichkeit hatten, zu behaupten, durch die verneinende oder auch nur durch eine passive Haltung der Sozialdemokratie sei die Volkseinigkeit zerstört, damit unsere Abwehrkraft entsprechend geschwächt worden. Was daraus für die Zukunft auch der sozialistischen Bewegung in Deutschland für Folgen entstanden wären, das liegt für jeden, der praktisch mitten in der Arbeiterbewegung steht, auf der flachen Hand.

Was der Krieg ist, das haben die armen Ostpreußen, von deren furchtbaren Leiden und barbarischer Vergewaltigung merkwürdig wenig in der angeblich „für Freiheit und Kultur" streitenden Auslandspresse Notiz genommen ist, ein gerüttelt volles Maß erfahren. Wir Sozialisten und Kriegsgegner werden durch jene Massakres und Zerstörungen bestärkt in unserer prinzipiellen Kriegsgegnerschaft, ohne daß wir die Greuel als spezifisch „russisch" verurteilen. Wer sich nicht prinzipiell gegen den Krieg als einen atavistischen Rückfall der Menschheit wendet, der mag allerdings die Dokumente des Wütens der Kriegsfurie als „besondere Auswüchse" ansehen.

Noch eins ist den ostpreußischen Berichten zu entnehmen: Bereits am dritten Mobilmachungstag brachen die Russen in den Kreis Oletzko ein, verschleppten Zivilpersonen, und am nächsten Tage erschienen Kosakenpatrouillen kurz vor der Kreisstadt. In den Kreis Pillkallen brachen die Feinde schon in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli ein und bereits am 2. August (erster deutscher Mobilmachungstag) sprengte eine russische Patrouille einen Teil der Eisenbahnstrecke bei Schirlen.

Das sind keine Kriegsmärchen a la „Kochmer Tunnelsprengung", sondern einwandfreie beglaubigte Tatsachen. Sie beweisen, daß, als unsere Fraktion am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligte, wir uns wirklich, nicht etwa nur sozusagen, im Zustand der Landesverteidigung gegen unseren Gegner mit dem weitaus mächtigsten Landheere befanden! Dieser Gegner hat dann monatelang unser nordöstliches Grenzgebiet teilweise bis nahe an Königsberg, besetzt gehalten und, wie die ausgedehnten Trümmerstätten noch im Sommer 1915 bewiesen, schrecklich verwüstet. Angesichts dieser Wirklichkeit ist die Frage, ob wir uns in einem Verteidigungskrieg — dessen wie immer geartete geheimdiplomatische Vorgeschichte angesichts des feindlichen Einbruchs nebensächlich wurde — befinden, zu entscheiden. Daß es uns gelungen ist, im Osten wie im Westen unsere Grenzen zu sichern, das darf uns nicht bewegen, die Anfangsstadien des Krieges, dessen unglückliches Opfer Ostpreußen in wahrscheinlich noch weit höherem Maße als Belgien geworden ist, zu ignorieren.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kämpfe in Montenegro nehmen infolge des bergigen Terrains und des verzweifelten Widerstandes der Montenegriner einen heftigen Charakter an. Trotzdem schreiten die Operationen dort günstig vorwärts. Neuerlich wurden wieder über 2000 Gefangene gemacht. Wenn die Montenegriner nicht dasselbe Schicksal erleiden wollen wie die Serben, dann wäre ihnen nur zu raten, daß sie noch in letzter Stunde versuchen würden, einen Sonderfrieden abzuschließen. Denn daß sie Hilfe vom Vierverband erhalten werden, glauben sie wohl selbst nicht. Ein Nachgeben Montenegros würde nach unserer Meinung auch ein schnelleres Ende des Weltkrieges zu Folge haben. Leider aber ist wenig Aussicht vorhanden, daß Montenegros Regierung diesen vernünftigen Schritt unternehmen wird.

Griechenland wird, wie wir gestern schon annahmen, den Bulgaren bei Ueberschreitung der griechischen Grenze keinerlei Schwierigkeiten bereiten. Die Griechen wollen die Zone bis Saloniki räumen. Die Engländer befestigen jetzt Saloniki nach jeder Richtung hin und wollen sich hier zur Wehr setzen. Um die Gesandten der Mittelmächte los zu werden, haben sie deren Entfernung aus Saloniki verlangt, was die Griechen jedoch mit Recht abgelehnt haben.

Die italienische Kammer hat sich bis zum 1. März vertagt. In einer kurzen Schlußansprache sagte Ministerpräsident Salandra, er sei überzeugt, daß die Kammer einig sei in dem Wunsche nach einem würdigen, ehrenvollen Frieden, der jedoch nur durch einen Sieg zu erreichen sei. Der Krieg werde lang und hart, aber von unfehlbarem Triumph gekrönt sein. Der Präsident der Kammer, Marcora, sprach den Wunsch aus, das italienische Volk möge seine Einigkeit bewahren, die ihm den gewissen Sieg bringen werde.

Die Kriegslage.

Wien, 14. Dezember. Amtlich wird berichtet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Tätigkeit der Italiener in den Judicarien dauert fort. Einzelne kleinere Angriffe des Feindes wurden abgewiesen. Der in der Straße nach St. Peter gelegene Stadtteil von Görz stand unter Artilleriefeuer.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Plevlje erstürmten unsere Truppen die montenegrinischen Stellungen auf der Brane-Gora. Im Raume nördlich von Berane brachten wir neuerlich 2300 Gefangene ein.

Gegen Italien.

Italienische Sozialisten verhaftet.

Den „Basler Nachrichten" wird aus Mailand gedrahtet: Dienstag morgen wurde eine große Anzahl hervorragender Sozialisten verhaftet, weil in der Nacht an vielen Stellen der Stadt ein Friedens-Manifest angeschlagen worden war.

Der Balkankrieg.

Aus dem bulgarischen Hauptquartier

wird berichtet: Am 12. Dezember besetzte die Armee die letzten drei mazedonischen Städte, welche sich noch in den Händen der Feinde befanden, Doiran, Gewgheli und Struga. Die letzten Kämpfe mit Engländern, Franzosen und Serben spielten sich an den Ufern der Seen Doiran und Ochrida ab, der Feind wurde überall geworfen. Mazedonien ist befreit. Die Gefangenen, Toten und Verwundeten gehören hauptsächlich der 10. und 22. englischen Division, bestehend aus der 29., 31., 65., 66. und 67. Infanterie-Brigade, an, welche endgültig geschlagen sind und auf dem Rückzuge Kanonen, Gewehre usw. zurückließen. Das ganze Kampffeld ist mit Ausrüstungsgegenständen übersät. Die Franzosen haben vor ihrem Rückzuge die Kasernen und die Stadt Gewgheli mit zwei Krankenhäusern angezündet und die Eisenbahnbrücke über den Wardar südlich von Gewgheli gesprengt. Die Zahl der Gefangenen und der Trophäen ist noch nicht gezählt. Die Armee des Generals Sarrail ist von der Linie Doiran—Gewgheli an die griechische Grenze zurückgeworfen worden. Es muß anerkannt werden, daß die französischen Truppen viel tapferer als die englischen kämpften. In den zehntägigen Operationen, welche die Geschichte als „Die Operationen am Wardar und Karassu" bezeichnen wird kämpfte gegen unsere Truppen eine Armee von 07000 Franzosen und 73000 Engländern, im ganzen über 170 000 Mann mit 600 Feldgeschützen, 130 Gebirgsgeschützen und 80 schweren Haubitzen.

Die letzten Reste der serbischen Armee, welche von Bitolia über Ochrida und Struga nach Albanien zurückweichen zogen sich nach der Niederlage bei Ochrida am linken Ufer des Schwarzen Drin zurück, wobei sie alle Brücken über diesen Fluß vernichteten. In der Frühe des heutigen Tages passierten unsere Truppen bei Struga den Fluß Drin. Südlich dieser Stadt griffen sie die serbischen Truppen energisch an, machten 400 Gefangene und nahmen 3 Geschütze. Die Verfolgung wird gegen Elbassan fortgesetzt. Im Laufe von 10 Tagen wurde die Expeditionsarmee des Generals Sarrail geschlagen und auf neutrales Gebiet zurückgeworfen. Am 12. Dezember wurde ganz Mazedonien befreit und kein einziger feindlicher Soldat befindet sich mehr auf mazedonischem Boden. Die Verfolgung des Feindes ist augenblicklich eingestellt.

*

Albaner gegen Serben und Montenegriner.

„A Villag" läßt sich aus Athen drahten, daß nach den dort eingetroffenen Meldungen starke albanische Streitkräfte die Serben und Montenegriner fortgesetzt angreifen und ihnen empfindliche Verluste beibringen. Die zurückflutenden serbischen Heeresreste leiden sehr unter den Angriffen der Albaner. Die Stimmung der serbischen Truppen ist außerordentlich bitter. Die Albaner nehmen häufig weinende serbische Soldaten gefangen, die nicht den geringsten Widerstand leisten.

*

Griechischer Schutz für die deutsch-österreichischen Konsulate.

Mit Saloniki ist die noch bis vor drei Tagen bestandene Bahn und Telegraphenverbindung nunmehr seit der Besetzung von Gewgheli und Doiran durch die Bulgaren vollständig abgeschnitten. Die letzten Meldungen von dort besagen, daß Frankreich und England auf die Entfernung des deutschen und des österreichisch-ungarischen Konsulats in Saloniki drängen. Der griechische Militärgouverneur lehnte dieses Verlangen unter Berufung auf die griechische Souveränität auf das entschiedenste ab. Die griechische Militärverwaltung traf in anerkennendster Weise Vorbereitungen für den Schutz dieser Konsulate, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß die Entente in dem Augenblick, wo sich alles in Saloniki kristallisiert, zu einem Gewaltstreich Zuflucht nimmt. Die in Saloniki liegenden serbischen Flüchtlinge werden unter französischer Leitung zu neuen Versendungen gruppiert.

*

Russische und rumänische Vorsichtsmaßregeln.

Die rumänische Regierung hat auf der Donau zwischen Turt-Smil, nahe der rumänisch-bulgarischen Grenze, und dem Kilometer 430 und andererseits zwischen Galatz und der Mündung des Pruth eine Minensperre gelegt, wie auch die rumänischen Militärbehörden die Schiffahrt in diesen Zonen für gefährdet erklärt haben. Diese Maßregeln, die offenbar nur gegen einen russischen Einmarsch in Rumänien gerichtet sein können, sind den Vertretern der auswärtigen Staaten in Bukarest notifiziert worden.

Die Stadt Ismail wurde von den Russen in Verteidigungszustand gesetzt. Der Hafen von Reni ist bis zum 20. Dezember für Reisende und Waren geschlossen.

*

Der letzte Fuß serbischer Erde im Besitz der Mittelmächte.

Der Berichterstatter des „Corriere della Sera" drahtet aus Saloniki: Die Alliierten überschritten die griechisch-serbische Grenze. Es wurde also den Angreifern auch der letzte Fuß Erde überlassen, der noch von Serbien übrig geblieben war. Alle französisch-englischen Truppen befinden sich auf griechischem Boden auf der Linie Wardar-Höhen am Doiran-See. Die Bulgaren machten an der griechischen Grenze halt.

Wie derselbe Korrespondent mitteilt, widersetzt sich Griechenland dem Einmarsch der deutschen, österreichisch-ungarischen und bulgarischen Truppen nicht, und daß es die Zone bis Saloniki von eigenen Truppen räumt. Der Abmarsch der griechischen Truppen hat bereits begonnen. Nach dem Athener Blatt „Neo Himera" wird das fünfte griechische Korps, das zwischen Doiran und Saloniki steht, nach Osten verschoben, damit es nicht zwischen beide Kriegsparteien gerät. Nach einem Telegramm Wagrams an den „Secolo" besetzten die Engländer bereits das Zollamt und einen Teil des Kais von Saloniki. Sie haben auch mit den Befestigungsarbeiten begonnen, da die baldige Einschließung der Stadt erwartet wird.

Wie Reuter meldet, besetzten die Bulgaren die Stellungen an der griechisch-serbischen Grenze, die früher von den Serben besetzt waren. Augenblicklich ist alles ruhig.

Der Seekrieg.

Schiffsverluste im Mittelmeer.

Die ausführliche Liste der seit Beginn der Saloniki-Expedition von U-Booten der Mittelmächte im Mittelmeer versenkten feindlichen Truppen- und Kriegsmaterial-Transportdampfer ist erschienen. Danach haben die Gegner nicht weniger als 34 Hilfskreuzer, Truppentransportdampfer sowie Kriegsmaterialtransportdampfer verloren. Es befinden sich darunter die Schiffe

„Ramazan", englisch, 3477 Tons, 500 Mann indische Truppen und Kriegsmaterial;

„Transsylvania", englisch, 1400 Tons, Truppen, Munition und Kriegsmaterial;

„Admiral Hamélin", französisch, 5051 Tons, 1 Abteilung französische Feldartillerie, Munitionswagen und 361 Pferde;

„Marquette", englisch, 7050 Tons, 1000 weiße englische Soldaten, 500 Maultiere, Munition und Krankenpfleger, 83 Mann gerettet;

„Calvados", französisch, 6000 Tons, 800 Mann französische Kolonialtruppen, 53 Mann gerettet;

„Tara", englisch, 1862 Tons, Hilfskreuzer;

„Moorina", englisch, 5000 Tons, Truppen und Transport von 500 Pferden;

„Californian", englisch, 6223 Tons, Kriegsmaterial und Truppen (Zahl unbekannt).

Die anderen Dampfer führten Vorratsgüter, Kohlen, Oel und unzähliges Kriegsmaterial mit sich und hatten ein Ladegewicht von 147 483 Tons. Außerdem wurden im Oktober und November noch weitere 24 Dampfer mit Stückgütern, Lebensmitteln und Kohlen versenkt. Sie hatten 69 656 Tons Ladefähigkeit.

Um sich einen richtigen Begriff von dem unseren Gegnern beigebrachten Verlust zu machen, muß man sich vorstellen, daß die Ladefähigkeit der zuerst erwähnten 34 vernichteten Schiffe etwa 150 000 Gewichtstonnen beträgt. Um eine solche Last auf dem Schienenwege fortzuführen, wären mindestens 200 Eisenbahnzüge erforderlich. Den Zug zu 50 Güterwagen genommen, würde das eine Wagenstärke von 10 000 Güterwagen ausmachen.

*

Weitere U-Boot-Opfer.

Der britische Dampfer „Orteric", 6535 Bruttotonnen, wurde versenkt. Die Besatzung wurde bis auf zwei getötete und drei schwerverwundete Chinesen gerettet. — Der russische Dampfer „Wina" aus Petersburg wurde auf der Fahrt von Neuyork nach Dover in der Nähe von Dover torpediert. Das Schiff, das von einem Unterseeboot vorn getroffen wurde, begann sofort zu sinken. 14 Mann der Besatzung stiegen in ein Rettungsboot, 7 in eine Gig. Das Rettungsboot fuhr nach Yarmouth, wobei es einen brennenden Dreimaster passierte. Von dem Verbleib der Gig ist bisher keine Meldung eingetroffen.

Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier

meldet vom 14. Dezember: An der Irakfront nimmt die Tätigkeit der feindlichen Artillerie bei Kut el Amara von Tag zu Tag infolge unseres heftigen Gegenfeuers ab. Unsere Truppen näherten sich infolge geglückter Angriffe dicht der feindlichen Hauptstellung. An der Kaukasusfront mit Ausnahme von Scharmützeln der Vorposten nichts von Bedeutung. An der Dardanellenfront beschoß unsere Artillerie erfolgreich die feindlichen Stellungen bei Anafarta und feindliche Schiffe bei Kemikliliman und zwang sie, sich zu entfernen. Die feindliche Artillerie antwortete nicht. Bei Ari Burnu Minenwerfertätigkeit und ziemlich heftiger, aber aussetzender Artilleriezweikampf. Bei Seddil Bahr fand in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember gegen unseren rechten und linken Flügel ein Gefecht mit Bomben und Luftorpedos statt. Unsere Artillerie beschoß eine feindliche Haubitzenbatterie und sprengte das Munitionsdepot dieser Batterie in die Luft. Am 13. Dezember fand ein sehr heftiges Bombengefecht gegen unsere Laufgräben im Zentrum statt. Unsere Artillerie nahm erfolgreich die Artilleriestellungen des Feindes unter Feuer und zerstörte ein Blockhaus und zwei Brücken über den Kerezidere.

*

Persischer Sieg über die Russen.

Der „Sedai i Islam" meldet aus Persien, daß bei einem heftigen Kampfe zwischen Persern und russisch-englischen Soldaten in Kermanschah und Hamedan die Perser einen Sieg errangen. Die Gegner hatten über 500 Tote und ebenso viele Verwundete. Die Perser machten dabei auch große Beute. Bei einem anderen Kampfe zwischen Kermanschah und Sine wurden die Russen von den persischen Kämpfern völlig geschlagen, wobei 300 Kosaken, die unter dem Kommando des Generals Samanow standen, gefangen genommen und zwei Maschinengewehre erbeutet wurden. In Ispahan fanden große Versammlungen statt, in denen beschlossen wurde, gegen das unmenschliche Vorgehen Englands und Rußlands gegen Persien bei der ganzen zivilisierten Welt zu protestieren.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Griechischer Gesandter für die Türkei.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Konstantinopel: Als günstiges Zeichen in der politischen Lage ist es anzufassen, daß der seit fast Jahresfrist abwesende griechische Generalkonsul hierher zurückkehrte, ferner, daß der seit Frühjahr freie griechische Gesandtenposten jetzt wieder besetzt wird. Die Ernennung Kalleghis zum Gesandten steht unmittelbar bevor.

*

Amerikanischer Einspruch.

Die amerikanische Regierung erhob Einspruch gegen den Übergriff des französischen Kreuzers „Descartes", der von dem amerikanischen Dampfer „Como" in der Nähe von Portorico deutsche Mitglieder der Mannschaft herunterholte.

Ferner ordnete die Regierung an, daß die drahtlosen Apparate an Bord des internierten deutschen Dampfers „Bulgaria" versiegelt würden. Die „Bulgaria" soll im Verdacht stehen, Nachrichten weitergegeben und erhalten zu haben.

*

Landungsverbot in Indien.

Eine Konstantinopeler Zeitung meldet aus Indien, die englische Regierung erließ ein allgemeines Verbot der Landung aller Ausländer in den indischen Häfen. Auch die Japaner sind von dem Betreten Indiens damit ausgeschlossen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Dezember.

23. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Jagow, Helfferich u. a.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen des Abg. Liebknecht (SD.).

1. a) Ist die Regierung bei entsprechender Bereitschaft der übrigen Kriegführenden bereit, auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen aller Art in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten?

b) Auf welcher sonstigen Grundlage ist die Regierung bereit, in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten?

Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Jagow beginnt irrtümlicherweise mit der Verlesung der Antwort auf eine spätere Anfrage des Abg. Liebknecht. (Heiterkeit.)

Hierauf wird folgende Antwort auf die erste Frage erteilt: Nach den Verhandlungen vom 9. ds. Mts. muß ich es ablehnen, auf die Frage zu antworten.

Dr. Liebknecht (SD.) erbittet das Wort zu einer Ergänzung der Anfrage: Welches Verhalten gedenkt die Regierung einzuschlagen gegenüber dem Friedensvorschlag einer neutralen Regierung, wie er jetzt von der Schweizer Sozialdemokratie beim Schweizer Bundesrat . . . . (Unruhe und Zurufe.)

Präsident Dr. Kämpf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage, die nicht zulässig ist.

Dr. Liebknecht verliest nun die zweite Anfrage:

2. Ist die Regierung endlich bereit, die Dokumente und das sonstige amtliche und halbamtliche Material über die unmittelbare Entstehung des Weltkrieges, insbesondere

a) über die diplomatische Vorgeschichte des österreichischen Ultimatums an Serbien vom 23. Juli 1914, darunter die offiziellen und offiziösen Verhandlungen zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung seit dem Mord von Serajewo,

b) über die Vorgeschichte des Bruchs der luxemburgischen und belgischen Neutralität

dem Reichstag und dem deutschen Volk vorzulegen? Ist sie bereit, für die sofortige Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission einzutreten, die unter Kontrolle der Oeffentlichkeit die Verantwortlichkeit prüfe und die Verantwortlichen der Sühne zuführen soll.

Staatssekretär v. Jagow: Das erforderliche Matrial für die Beurteilung der Entstehung des Weltkrieges und die Neutralitätsfrage ist bereits veröffentlicht. Die Regierung wird aber auch fernerhin über wichtige diplomatische Verhandlungen Veröffentlichungen vornehmen, soweit ihr dies für die Aufklärung der Oeffentlichkeit erforderlich erscheint. Für die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission einzutreten, lehnt die Regierung ab. Die Verantwortlichkeit und die Sühne treffen nur unsere Gegner.

Dr. Liebknecht erbittet das Wort zur Ergänzung (Heiterkeit): Ist die Regierung bereit, das gesamte amtliche dokumentarische Material sofort vorzulegen?

Staatssekretär v. Jagow: Ich habe nichts hinzuzufügen.

Liebknecht (SD.): Zur Ergänzung (Große Heiterkeit und Unruhe): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß nach einer am 5. Dezember v. J. gemachten Aeußerung des früheren italienischen neutralistischen Ministerpräsidenten Giolitti Oesterreich schon im Jahre 1913 . . . (Stürmische Unruhe und Zurufe.)

Präsident Kaempf: Das ist eine neue Anfrage. Wir gehen über zur nächsten Anfrage.

Liebknecht (SD.): Ich habe nach § 31 der Geschäftsordnung das Wort zu einer Ergänzung der vorigen Anfrage noch erbeten . . .

Präsident Kaempf: Sie haben schon zwei Ergänzungen gemacht.

Liebknecht: Die Geschäftsordnung sieht keinerlei Einschränkungen vor. (Unter großer Unruhe des Hauses verliest der Redner eine weitere Ergänzung, die auf der Tribüne unverständlich bleibt.)

Präsident Kaempf: Auch das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage. — Haben Sie noch eine Ergänzung zu dieser Anfrage? (Stürmische Heiterkeit.)

Wir kommen dann zur nächsten Anfrage:

Anfrage 3.

a) Ist der Regierung bekannt, daß die Masse des deutschen Volkes die maßgebende Bestimmung über die auswärtige Politik Deutschlands für sich beansprucht, das heißt die Ersetzung der Geheimdiplomatie durch eine unter dauernder Kontrolle der Oeffentlichkeit stehende auswärtige Politik und deren allgemeine Demokratisierung fordert;

b) ist die Regierung bereit, dem Reichstag noch während des jetzigen Tagungsabschnittes einen Gesetzentwurf vorzulegen, der diese Forderung erfüllt und die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung überträgt?

Staatssekretär v. Jagow: Die Regierung ist nicht bereit, den Wünschen des Herrn Abg. Liebknecht zu entsprechen und eine hierfür erforderliche Verfassungsänderung vorzuschlagen. Damit erledigt sich auch der erste Teil der Anfrage. (Abg. Liebknecht: Neuorientierung!)

Anfrage 4.

Weiß die Regierung, in welch schwerer wirtschaftlicher Not sich die Masse des deutschen Volkes infolge des Krieges, der Gewinnsucht kapitalistischer Interessengruppen und des Versagens der Regierung befindet? Ist die Regierung endlich bereit, zur Steuerung dieser Not bei energischer Steigerung der allgemeinen Kriegsfürsorge ohne weiteres Zögern, unter Beiseiteschiebung aller Sonderinteressen die erforderlichen Schritte zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln (Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Heizung, Beleuchtung) zu tun, und zwar durch Regelung der Produktion nach den Interessen der Allgemeinheit, durch Beschlagnahme der Vorräte und ihre gleichmäßige Verteilung auf die Gesamtbevölkerung, so zwar, daß sie den Bedürftigen bei einfachster und wettherzigster Prüfung der Bedürftigkeit, unter scharfer Anspannung öffentlicher Mittel, aber unter grundsätzlicher Ausschaltung der Armenfürsorge auf diesem Gebiete kostenlos oder zu leicht erschwinglichen Preisen in ausreichender Menge zur Verfügung stehen?

Ministerialdirektor Lewald: Der Herr Reichskanzler lehnt die Beantwortung ab.

Liebknecht (SD.): Zur Ergänzung (Große Heiterkeit): Erkennt die Regierung an, daß nach den bisherigen Erfahrungen die allgemeine Beschlagnahme der Vorräte . . . .

Präsident Kaempf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.

Liebknecht: Ich erbitte das Wort zu einer anderen Ergänzung (Gr. Unruhe und Heiterkeit): Wird die Regierung die Beschlüsse der Budgetkommission in der Richtung dieser Forderungen möglichst früh durchführen?

Ministerialdirektor Lewald: Ich lehne namens des Herrn Reichskanzlers die Beantwortung dieser Ergänzungsfrage ab.

Anfrage 5.

a) Welchen Begriff verbindet die Regierung mit dem Wort „Neuorientierung" der inneren Politik?

b) Hat sie ein konkretes Programm zu dieser Neuorientierung?

c) Welches ist dieses Programm im einzelnen?

d) Wann gedenkt die Regierung es zu verwirklichen?

e) Ist die Regierung bereit, noch im Laufe des jetzigen Tagungsabschnittes oder wann sonst die erforderlichen Vorlagen zur Demokratisierung von Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches und seiner Einzelstaaten, insbesondere zur Reform des Wahlrechts für die gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften und zur Demokratisierung der Wehrverfassung zu machen?

Ministerialdirektor Lewald: Der Herr Reichskanzler lehnt die Beantwortung auch dieser Frage ab.

Liebknecht: Zur Ergänzung (Große Unruhe): Wie stellt sich die Regierung besonders zur Frage der preußischen Wahlrechtsreform? (Stürmische Heiterkeit rechts.) Das ist eine Frage, die das ganze deutsche Volk . . . (Andauernde große Unruhe.)

Präsident Kaempf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.

Damit sind die kurzen Anfragen erledigt.

Es folgt die erste Beratung des

Nachtrags zum Reichshaushaltetat mit dem neuen Zehnmilliarden-Kredit.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich begründet die Vorlage auf einen neuen Kredit von 10 Milliarden zum Zwecke der Kriegführung. Da unser Reichstagsbericht leider ausgeblieben ist, können wir die Ausführungen Dr. Helfferichs erst morgen bringen.

Nach seinen Ausführungen bemerkte

Scheidemann (SD.): Wie bei früheren Gelegenheiten, so behält sich meine Fraktion auch bei diesem Gesetz ihre endgültige Entscheidung bis zur dritten Lesung vor. Wir haben den Wunsch nach einer gründlichen Aussprache, über allgemein politische und finanzpolitische Dinge, gerade im Anschluß an diese Vorlage. Wir glauben aber, daß das zunächst am zweckmäßigsten und besten in der Budgetkommission geschieht. Deshalb erklären wir uns mit der von den verschiedensten Seiten angeregten Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission einverstanden. (Bravo!)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Dr. Liebknecht (SD.), zur Geschäftsordnung: Nach der Geschäftsordnung müssen vor der Abstimmung über einen Schlußantrag die noch auf der Rednerliste stehenden Abgeordneten dem Hause mitgeteilt werden. (Widerspruch.) Weiter verweise ich darauf, daß als einziger Redner außer Scheidemann ich auf der Rednerliste stand und daß ich mich als erster zum Worte gemeldet hatte, zu dem ausgesprochenen Zweck, in diesem Hause zu protestieren gegen . . . (Andauerndes Läuten der Glocke des Präsidenten. Laute Zurufe der Mehrheit. Unruhe im Hause, in der die folgenden Worte des Redners verloren gehen.)

Bassermann (NL.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuß für den Reichshaushalt.

Ledebour (SD.), zur Geschäftsordnung: Ich möchte Verwahrung dagegen einlegen, daß das Haus, anstatt abzuwarten, ob der Herr Präsident es für nötig hält, gegen einen zur Geschäftsordnung sprechenden Redner einzuschreiten, seinerseits durch fortwährendes Schreien den Redner am Weitersprechen behindert hat. (Lachen.) Ich nehme Veranlassung, gegen diese Verletzung der Würde des Hauses zu protestieren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lachen bei der Mehrheit.)

Dr. Neumann-Hofer (FVpt.): Ich stelle fest, daß das Haus Dr. Liebknecht solange angehört hat, bis der Präsident die Glocke schwang. Erst als Dr. Liebknecht mit dem Reden auch dann nicht aufhörte und er sich den Anordnungen des Präsidenten nicht fügte, hat das Haus durchaus richtig Dr. Liebknecht am Weitersprechen gehindert. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Dr. Liebknecht (SD.): Das Verhalten des Hauses hat mich nicht erstaunt. Das preußische Abgeordnetenhaus war mir ein gutes Beispiel für derartige Sitten und Gebräuche. (Lachen bei der Mehrheit.)

Die Vorlage geht an den Ausschuß für den Reichshaushalt.

Die Vorlage auf vermehrte Einstellung von Hilfsarbeitern beim Reichspostamt wird in erster Lesung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Kriegsgewinnsteuer. Kriegsabgaben der Reichsbank und Bericht der Budgetkommission über Ernährungsfragen.

Schluß 3¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die neuen Kriegskredite.

In ihrer gestrigen Sitzung hat die sozialdemokratische Fraktion mit 58 gegen 38 Stimmen beschlossen, die neue Kriegskreditvorlage zu bewilligen.

Von 10 Fraktionsmitgliedern, die durch Krankheit an den Sitzungen teilzunehmen verhindert waren oder sich vor der Abstimmung entfernen mußten, waren protokollarische Erklärungen abgegeben worden. Von diesen waren 7 für und 3 gegen die Bewilligung, so daß insgesamt 65 Fraktionsmitglieder für und 41 gegen die Bewilligung eintreten.

Kartoffelbeschlagnahme in Sachsen.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß den zuständigen Behörden das Recht erteilt worden ist, im Bedarfsfall die Enteignung der gesamten Kartoffelernte eines lieferungspflichtigen Kartoffelbesitzers zu verfügen mit der Maßgabe, daß ihm Vorräte für den eigenen Bedarf und zur Einhaltung bereits abgeschlossener Verträge belassen werden.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf ums Wahlrecht. Dem ungarischen Parlament, in dem unsere Partei nicht vertreten ist, ging ein Aufruf der Landespartei zu, in dem es heißt: „Heute trägt der Staat alle seine Bürger in die militärischen Register ein. Man verschließe daher vor dem Volke auch jene Liste nicht, in welche man die Rechte ausübenden Bürger einträgt. Wenn je, so hat die Altersreife für politische Rechte das Ungartum jetzt bewiesen. Ein reaktionäres Wahlrecht räumt diese aber erst mit dem 30. Jahr den ungarischen Bürgern ein. Wenn aber das ungarische Gesetz es schon den zwanzigjährigen, ja noch jüngeren Bürgern zur Pflicht macht, fürs Vaterland zu sterben, so muß diese beschämende Schranke fallen, und der Demokratie des Todes muß die Demokratie des Lebens und des Rechts folgen. Ungarische Soldaten kämpfen mit österreichischen, deutschen und bulgarischen Soldaten Schulter an Schulter, und die ungarischen Soldaten sind wahrlich nicht schlechter als ihre Bundesgenossen, die zu Hause alle Wähler sind, die zu Hause Gelegenheit haben, nicht nur fürs Vaterland sterben zu können, sondern auch dazu berechtigt sind, auf die Regierung ihres Landes Einfluß nehmen zu können. Die Sozialdemokratische Partei richtet daher an die Abgeordneten die Aufforderung, diese mögen mit ihrer ganzen Kraft dahin wirken, daß das Abgeordnetenhaus sich endlich auf die Höhe seiner Aufgabe erhebe und in der laufenden Session das gleiche, geheime, gemeindeweise und direkte Wahlrecht jenem Volke zu geben."

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 15. Dezember.

Die Lübecker Preisprüfungsstelle, errichtet auf Grund einer Bundesratsverordnung, hat ihren ersten Bericht herausgegeben. Die Prüfungsstelle wird um 2 Mitglieder vermehrt werden, da ihr auf Veranlassung des preußischen Kriegsministeriums auch ein Militärbeamter angehören soll. Als Gegengewicht wird die Seite der Warenerzeuger, Groß- und Kleinhändler um ein Mitglied vermehrt. Der Zweck der Prüfungsstellen ist bekannt. Die Mitglieder sind vereidigt und hier in 4 Ausschüsse geteilt. Eine Verbindung mit den Preisprüfungsstellen der Nachbarregierungen ist angebahnt, um ein zweckmäßiges Zusammenarbeiten zu erzielen. In dem einleitenden Bericht wird die Schwierigkeit der begutachtenden Maßnahmen gegen Preissteigerungen besonders betont, weil sonst leicht die Zufuhr aus den Nachbarorten beeinträchtigt werden könnte. Diese Schwierigkeit ist übrigens auch in allen anderen Preisprüfungsbezirken vorhanden. Wir bringen im nachfolgenden die einzelnen Beratungsabschnitte und möchten besonders auf den über Milch und Butter aufmerksam machen. Sonderbarerweise ist darin die Tatsache verzeichnet, daß die Ausschußabteilung darauf hinarbeitete, einen Höchstpreis für Milch festzusetzen, der um 1 Pfennig das Liter Milch verteuern soll. Dieser Bericht, der sich hauptsächlich auf das Gutachten des Interessenten der Hansameierei stützt, wird bei den Konsumenten manches Kopfschütteln veranlassen, um so mehr, als darin zugegeben wird, daß Milch- und Butterpreise sich gegenseitig zuungunsten der Konsumenten ergänzen!

Wir entnehmen dem Bericht der Lübecker Preisprüfungsstelle, die am 23. Oktober 1915 erstmalig zusammentrat, folgendes:

Ausschuß für Vieh, Fleisch, Wurstwaren und Fische. 1. Ostseefische. Die Aussprache ergab, daß eine Steigerung der Preise für Ostseefische nicht ausgeschlossen ist, beim frischen Dorsch sind die Preise schon jetzt in die Höhe gegangen. Die Aufkäufer zahlen heute schon den gleichen Preis, den die Fischer beim Verkauf der Fische vom Boot aus in Lübeck erhalten. Die Festsetzung von Höchstpreisen sei daher erwünscht, ebenso aber auch die Ergreifung von Maßregeln, welche die Sicherheit bieten, daß ein bestimmter Ertrag der Fische nach Lübeck zum Verkauf kommt und den Aufkäufern vorenthalten wird. Diese letztere Maßregel müsse besonders auch für einen Teil der zu erwartenden Heringsfänge getroffen werden. Bei knappen Fängen müßte ein Verkauf an Aufkäufer untersagt werden. Es wurde beschlossen, ein diesbezügliches Ersuchen an das Polizeiamt zu richten.

2. Nordseefische. Es kam zum Ausdruck, daß die Preise sehr verschiedene, aber stets steigende seien. Auch beim unmittelbaren Bezug in Geestemünde seien die Preise nicht geringer, es sei daher anzunehmen, daß hier nicht der Zwischenhandel verteuernd wirke, sondern daß sie schon am Markte in Geestemünde so hoch seien. Es wurde daher beschlossen, eine diesbezügliche Anfrage an die Preisprüfungsstelle in Bremen zu richten. Die darauf von der Kammer für Kleinhandel in Bremen erteilte Auskunft geht dahin, daß die Fisch-Auktionspreise infolge des erheblichen Rückganges der Nordseefischerei (als Folge der Kriegsunternehmungen) außerordentlich in die Höhe gegangen sind.

3. Rindvieh- und Schweinepreise. Bei der Besprechung wurde darauf hingewiesen, daß Lübeck einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung dieser Preise nicht ausüben könne, daß hierfür vielmehr die großen Marktplätze, wie Berlin und Hamburg grundlegend seien. Auf die Schweinepreise habe das massenhafte Abschlachten der Schweine schädigend gewirkt, und der Mangel an Mastfutter habe eine ausreichende Nachzucht verhindert. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß sich schon jetzt eine Besserung bemerkbar mache, auf den größeren Märkten nehme der Antrieb bereits zu, auch in der Qualität sei eine Besserung zu bemerken, sodaß auch ein allmähliches Abflauen der Fettknappheit zu erwarten stehe. Auch bei den Schlachtungen auf dem hiesigen Schlachthofe sind in letzterer Zeit derartige, auf Besserung hinweisende Wahrnehmungen gemacht worden: Es wurde vorerst beschlossen, das Statistische Amt um Uebermittelung einer Aufstellung zu ersuchen, aus welcher die Spannung zwischen den Lebendgewicht-Preisen, den Schlachtpreisen und den Kleinverkaufspreisen im Oktober 1913, im Juli 1914 und jetzt ersichtlich ist. Diese Aufstellung ist eingegangen und bei den Mitgliedern des Ausschusses in Umlauf gesetzt. Auf Beschluß des Ausschusses wurden Erhebungen darüber angestellt, ob in hiesigen Kühl- und Lagerräumen größere Vorräte von Fleisch- und Fettwaren lagern. Nach dem Ergebnis der Erhebungen ist dies nicht der Fall. Nachdem die Bundesratsverordnung zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch vom 4. November 1915 ergangen war, befaßte sich der Ausschuß mit der Frage der Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen für die einzelnen Fleischsorten. Die eingehenden Beratungen über diese Frage, die zwei Sitzungen in Anspruch nahmen, hatten das Ergebnis, daß bei der Höhe der heute noch zu zahlenden Lebendgewichtpreise eine Abstufung der Preise für die einzelnen Fleischsorten auf der Grundlage des vom Reichskanzler festgesetzten Höchstpreises von 1,33 Mk. für das Pfund nicht angängig sei. Nur für minderwertige Fleischsorten, wie Eisbein, Kopf und Spitzbein, wurden dem Polizeiamt Höchstpreise vorgeschlagen. Eine umfassende Aussprache hatte auch die Frage zur Folge, ob und inwieweit die Beigabe von Knochenzugaben zu Schweinefleisch gestattet und erforderlichenfalls festzulegen sei. Der Ausschuß kam in seiner überwiegenden Mehrheit zu der Auffassung, daß überall da, wo bisher eine Knochenzugabe zu Schweinefleisch nicht üblich war, sie auch künftig nicht stattfinden dürfe, widrigenfalls dies als eine Umgehung des Höchstpreises aufzufassen sei. Der Ausschuß kam weiter zu der Ueberzeugung, daß es notwendig sei, Höchstpreise für Wurst- und Fleischwaren festzusetzen, um eine übergroße Steigerung der Preise für diese Waren zu verhüten und dadurch zugleich Vorsorge zu treffen, daß nicht all zu viel Schweinefleisch zu Wurst verarbeitet werde, und brachte auch dem Polizeiamt Vorschläge für die festzulegenden Höchstpreise entgegen.

4. Konserven. Im Verlaufe der Verhandlungen war die Befürchtung zum Ausdruck gekommen, daß die hohen Fleischpreise auch eine entsprechende Preissteigerung bei den Konserven hervorrufen könnte. Es wurden die Preisverzeichnisse der hiesigen Konservenfabriken aus den Jahren 1913, 1914 und 1915 herangezogen, und aus diesen ergab sich, daß die Preissteigerung nur eine geringe und durchaus angemessene ist. Bei dieser Gelegenheit wurde darauf hingewiesen, daß hier in letzterer Zeit vielfach minderwertige Konserven zum Kauf angeboten worden sind, das Gesundheitsamt wurde auf diese Tatsache aufmerksam gemacht und ist, wie dem Ausschuß mitgeteilt worden ist, auch bereits gegen diesen Verkauf eingeschritten.

Ausschuß für Milch, Butter, Käse und Eier. Bereits in seiner ersten Sitzung hatte sich der Ausschuß mit den von dem Reichskanzler mit Wirkung vom 1. November ab festgesetzten Grundpreisen für Butter zu beschäftigen. Es bestand Uebereinstimmung in der Auffassung, daß diese Grundpreise entschieden zu hoch gegriffen seien. Ebenso war sich aber auch der Ausschuß darüber einig, daß eine Herabsetzung dieser Grundpreise für Lübeck allein sich nicht durchführen lasse, wolle man nicht die Zufuhr von auswärts, auf welche Lübeck in ganz bedeutendem Umfange angewiesen ist, abschneiden. Es wurde ein Schreiben an die Reichsprüfungsstelle gerichtet, worin unter Darlegung der Gründe nachdrücklichst für eine baldige und weitgehende Herabsetzung der Grundpreisez für Butter eingetreten wurde. Den Preisprüfungsstellen in Hamburg, Kiel, Altona und Schwerin wurde hiervon Mitteilung gemacht mit dem Ersuchen, in gleicher Weise auf die Herabsetzung der Butterpreise einzuwirken. Von Hamburg und Schwerin ist die Nachricht eingetroffen, daß auch dort in gleichem Sinne bei der Preisprüfungsstelle Schritte unternommen seien. Dem Polizeiamt wurden Vorschläge für die Festsetzung der Kleinhandelspreise für Butter entgegengebracht. Einer Anregung aus der Versammlung zufolge wurden Erhebungen darüber angestellt, ob in hiesigen Eiskellern und Kühlräumen Butter in größeren Mengen eingelagert ist, sie ergaben, daß nur im hiesigen Kühlhause 2 Zentner Butter lagern. Nach einer dem Ausschusse gewordenen Mitteilung, hatte auch das Polizeiamt bereits zu wiederholten Malen feststellen lassen, ob und welche Mengen von Butter im hiesigen Kühlhause lagern, mit dem Ergebnis, daß außer zeitweiligen größeren Einlagerungen für die Heeres- und Marineverwaltung erheblichere Buttermengen im Kühlhause nicht eingelagert waren. Einen größeren Raum nahmen in den Verhandlungen des Ausschusses die Erörterungen über die Milchversorgung und die Milchpreise ein. Hierzu gab das Mitglied Direktor Bastian eingehende Darlegungen über die Milchversorgung und die Gestaltung der Milchpreise. Auf Ersuchen des Ausschusses für Kriegshilfe wurden sämtliche Milchhändler, die Milch nach Lübeck liefern, aufgefordert, Aufstellungen einzureichen über die Milch- und Buttermengen, welche sie durchschnittlich täglich im Oktober 1913 und im Oktober 1915 in Lübeck abgesetzt haben, und welche sie künftig wöchentlich in Lübeck absetzen. Das Ergebnis ist, soweit es vorliegt, dem Ausschuß für Kriegshilfe mitgeteilt worden und wird ihm weiter wöchentlich mitgeteilt.

Die weiteren Erörterungen über die Frage der Milch- und Butterpreise hatten das Ergebnis, daß ein erneutes Schreiben an die Reichsprüfungsstelle gerichtet wurde, in welchem wiederholt auf die Dringlichkeit der Herabsetzung der Butterpreise hingewiesen wurde, besonders auch mit Rücksicht darauf, daß die Höhe der Butterpreise auf die Milchpreise einen preissteigernden Einfluß ausübe. Nach den hiesigen Erfahrungen werden vielfach Milchverkäufe nicht auf der Grundlage fester Preise, sondern unter Zugrundelegung des jeweiligen Butterpreises abgeschlossen, und diese Tatsache hat zur Folge, daß hohe Butterpreise auch hohe Milchpreise nach sich ziehen. Dieser Umstand und die weitere Tatsache, daß hohe Butterpreise einen starken Anreiz zur Verbutterung größerer Milchmengen in sich schließen, mache die Herabsetzung der Butterpreise schon im Interesse einer ausreichenden und preiswerten Milchversorgung zu einer zwingenden Notwendigkeit. Im Verlaufe der Verhandlungen war dem Ausschuß eine Eingabe der vereinigten Butterhändler von Lübeck und Umgegend zugegangen, in welcher dargelegt und eingehend begründet wurde, daß die Spannung zwischen dem Erzeugergrundpreise und dem Kleinhandelsgrundpreis zu gering sei. Der Ausschuß hielt die Ausführungen für durchaus begründet und überwies die Eingabe an die Reichsprüfungsstelle mit dem wiederholten Hinweis jedoch, daß in erster Linie eine wesentliche Herabsetzung der Butterpreise selbst notwendig sei, wobei dem in der Eingabe ausgesprochenen Wunsche entsprochen werden könne.

Da demnächst die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch durch den Reichskanzler zu erwarten steht, beschäftigte sich der Ausschuß auch mit der Frage, welcher Preis für Lübeck in Frage komme. Bei dieser Gelegenheit wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Preisprüfungsstelle mit der Frage der Versorgung der Kinder, Kranken und stillenden Mütter mit Milch nicht zu befassen habe, daß diese Versorgung vielmehr von dem Polizeiamt in Verbindung mit dem Ausschuß für Kriegshilfe geregelt werde, und daß die nötigen Schritte bereits in die Wege geleitet seien. Im Verlaufe der Verhandlungen kam auch zum Ausdruck, daß unter den obwaltenden Verhältnissen und besonders mit Rücksicht darauf, daß eine gewisse Milchknappheit vorliege, es nicht mehr möglich sei, der minderbemittelten Bevölkerung Milch zum billigeren Preise von 20 Pfg. das Liter zu liefern, wie dies bisher auf Grund einer zwischen der Konsumentenvereinigung und den Milchlieferanten getroffenen Vereinbarungen geschehen ist.

Der Ausschuß beschloß, dem Polizeiamt vorzuschlagen, den Höchstpreis für Milch auf 24 Pfg. für das Liter festzusetzen, gleichzeitig aber auch zum Ausdruck zu bringen, daß es unter allen Umständen notwendig sei, daß Mittel und Wege gefunden werden, um der minderbemittelten Bevölkerung, wie bisher, so auch fernerhin die Milch zum Preise von 20 Pfg. für das Liter zu liefern. Soweit bekannt geworden ist, wird die letztere Frage von dem Ausschuß für Kriegshilfe bearbeitet, und es steht zu erwarten, daß sie in befriedigender Weise gelöst wird.

Der Ausschuß für Kriegshilfe richtete an die Preisprüfungsstelle das Ersuchen, Ermittelungen darüber anzustellen, ob ein Käse, welchen die Hansa-Meierei zum Preise von 50 Pfg. zum Verkaufe an Personen mit einem Einkommen von unter 3000 Mk. anbot, preiswert sei. Es wurde eine Probe des Käses erhoben und einem beeidigten Sachverständigen vorgelegt, der diesen Käse für durchaus preiswert erklärte. Das Ergebnis wurde dem Ausschuß für Kriegshilfe mitgeteilt. Eine Aussprache fand auch über die Höhe der Eierpreise statt, sowie darüber, ob und welche Maßregeln dagegen in Vorschlag gebracht werden könnten. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß das Angebot außerordentlich gering sei. Die Hühnerbesitzer hätten einen großen Teil der Hühner abgeschlachtet, da nicht genügend Futter, besonders aber kein Körnerfutter für sie zu haben sei. Da Lübeck beim Bezug von Eiern in großem Umfange auf die benachbarten Gebietsteile angewiesen ist, kam der Ausschuß zu der Ueberzeugung, daß eine Festsetzung von Höchstpreisen für Eier nur die Zufuhr von außerhalb abschneiden würde. (Schluß folgt.)

Beschlagnahme von Wolfram und Chrom. Durch Bekanntmachung Nr. M. 6172/2. 15 K R A vom 15. III. 15. waren bisher Vorräte an Wolfram, Chrom, Molybdän, Vanadium und Mangan meldepflichtig. Dagegen war eine Beschlagnahme dieser Metalle in der Bekanntmachung nicht ausgesprochen. Eine solche Beschlagnahme dieser Metalle erfolgt jetzt durch die Bekanntmachung Nr. M. 15/12. 15 K R A vom 15. Dezember 1915, für Wolfram und Chrom, jedoch lediglich für die Klassen 22, 24, 27, 28 und 31 der Bekanntmachung Nr. 6172/2. 15 K R A. Betroffen von der neuen Verordnung werden nach § 3 nur solche Personen, Firmen usw., die bereits nach § 2 der Verordnung M. 6172/2. 15 K R A zur Bestandsmeldung verpflichtet waren. Die Beschlagnahme kennzeichnet sich auch in diesem Falle lediglich als eine Verfügungsbeschränkung, deren nähere Einzelheiten im § 5 der neuen Verordnung ausführlich dargelegt sind. Für das unmittelbar als Zusatz zum Stahlbad verwendbare Material der Wolframklassen 23, 24 und 27 wird im § 6 der Verordnung ein Höchstpreis von 35 Mark für 1 Kilogramm Wolframgehalt bei Barzahlung frei Werk des Werkzeugstahlfabrikanten festgesetzt. — Diese Verordnung wird in der üblichen Weise durch Anschlag und Veröffentlichung in amtlichen Zeitungen zur allgemeinen Kenntnis gebracht. — Ein sorgfältiges Studium des Wortlautes ist im Hinblick auf den nicht einfachen Inhalt der Vorschriften für alle betreffenden Personen und Firmen unerläßlich.

Dampfer „Gauthiod" gestrandet. Der schwedische Dampfer „Gauthiod", von Kalmar ausgehend, ist nach dem „Hamb. Corr." am 12. Dezember nördlich vom Hafen gestrandet. Der Dampfer machte ein Ausweichmanöver, um einer Kollision mit dem Dampfer „Nautilus" zu entgehen, geriet dabei an Grund und sprang leck. Der Hinterraum ist ganz, der Maschinenraum teilweise voll Wasser. Auf dem „Gauthiod" befand sich die Besatzung des gestrandeten Dampfers „Lulea". Der Bergungsdampfer „Argo" ist nach der Unfallstelle abgegangen. Die Lage des „Gauthiod" ist gefährlich.

Kriegskinderspende deutscher Frauen. Man schreibt uns: Vor einiger Zeit teilten wir mit, daß über Gesuche um Unterstützung aus der Kriegskinderspende beim Jugendamt, Parade 1, Rat erteilt werde. Infolge Vereinbarung zwischen dem Jugendamt und dem Roten Kreuz hat letzteres jetzt die Auskunftserteilung übernommen. Es wurden nämlich auch ans Rote Kreuz vielfach Anfragen wegen dieser Spende gerichtet, und so erschien es richtig, die Auskunftserteilung an einer Stelle zu vereinen. Ratsuchende wollen sich daher von jetzt an nicht mehr an das Jugendamt, sondern an das Rote Kreuz, St. Annenstraße 2, wenden.

Ausnahmen von den fleischlosen Tagen. Das Polizeiamt macht bekannt: Auf Grund des § 10 der Bundesratsverordnung zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs vom 28. Oktober 1915 in Verbidnung mit der Ausführungsverordnung des Senates vom 3. November 1915 bestimmt das Polizeiamt hiermit, daß das Verbot der gewerbsmäßigen Verabfolgung von Fleisch, Fleischwaren und Speisen, die ganz oder teilweise aus Fleisch bestehen, an Verbraucher, am Freitag, dem 24., und am Freitag, dem 31. Dezember 1915 außer Wirksamkeit gesetzt wird.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat November 1915: Befördert sind 1915: 922 499 Personen, 1914: 791 277 Personen, mehr 131 222 Personen. Eingenommen sind 1915: 93 941,13 Mk., 1914: 83 211,52 Mk., mehr 19 729,61 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April bis 30. November 1915. Befördert sind: 1915: 7 730 770 Personen, 1914: 7 437 989 Personen, mehr 292 731 Personen. Eingenommen sind: 1915: 818 161,44 Mark, 1914: 801 915,64 Mk., mehr 16 245,80 Mk.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet Donnerstag, den 16. Dezember von 5—7½ Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Hilprecht — Gasthof „Transvaal" — statt.

Kiel. Der Verband der Ortskrankenkassen der Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck tagte am Sonntag im Kolosseum zu Kiel. Auf der Tagung waren 32 Kassen mit 109 000 Mitgliedern durch 63 Delegierte vertreten, dem Verbande gehören 36 Kassen an. Den Bericht der geschäftsführenden Kasse für die Zeit vom Oktober 1913 bis zum Dezember 1915 erstattete Herr Romacker-Kiel. Dem Bericht ist u. a. zu entnehmen, daß der Verband heute 36 Kassen mit 174 000 Mitgliedern umfaßt. In der Provinz bestehen aber 92 Ortskrankenkassen mit 255 000 Mitgliedern. Die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes für die Zeit vom 27. Oktober 1914 bis 21. Dezember 1915 betragen 578,34 Mk., es ist ein Kassenbestand von 63,61 Mk. vorhanden. Die Ortskrankenkassen Neumünster, Flensburg (Stadt) und Rendsburg hatten beantragt, daß sich der Provinzialverband wieder dem Hauptverbande anschließen möge. Herr Hagedorn-Neumünster begründete den Antrag, der schließlich nach längerer Debatte mit 25 gegen eine (Kieler) Stimme angenommen wurde. Bei der Neuwahl der geschäftsführenden Kasse zeigte sich bereits die abschüssige Bahn (abschüssig in bezug auf soziale Solidarität), auf der die Kieler Arbeitgebervorstandsmitglieder wandeln. Die größte Kasse der Provinz, die Kieler, steht außerhalb des Krankenkassenverbandes, und gab auch das Ehrenamt, die Führende im Provinzialverband zu sein, an die kleine Schwester in Neumünster ab. Nachdem noch Herr Romacker-Kiel über das Thema: „Krankenkassen und Krieg" gesprochen hatte, welche Ausführungen durch Hagedorn-Neumünster und Kohn-Berlin ergänzt wurden, trat Schluß der Sitzung ein. Die nächste Tagung des Verbandes wird in Neumünster stattfinden.

Ludwigslust. Tot zwischen den Geleisen auf dem hiesigen Bahnhof aufgefunden wurde der Postschaffner Buß, der einen Posttransport zum Schweriner Zug begleitet hatte. Als der Postwagen zurückfahren wollte, wurde B. vermißt und nach längerem Suchen als Leiche zwischen den Geleisen gefunden. Es wird vermutet, daß B. beim Ueberschreiten der Geleise in der Dunkelheit vom Zuge überfahren, zu Boden geschleudert und sofort getötet wurde.

Güstrow. Zum Mordprozeß Kallies. Kaufmann Thies verhaftet. Nachdem der Angeklagte Heinrich Kallies Montag früh ein Geständnis abgelegt hatte, ordnete der Untersuchungsrichter in Güstrow (Mecklenburg) die sofortige Verhaftung des Mannes der Ermordeten, des Kaufmanns Thies, an, die durch die Hamburger Kriminalpolizei erfolgte. Thies wurde nach Güstrow übergeführt. — Selbstmord des Angeklagten Kallies. Der des Mordes an der Schauspielerin Martha Thies angeklagte Handlungsgehilfe Heinrich Kallies, der sich in der letzten Verhandlung zu einem halben Geständnis bequemte, hat sich in der Nacht zum Dienstag in seiner Zelle aufgehängt.

Güstrow. Ein hohes Gericht als Opfer der Polizeistunde. Folgende heitere Geschichte aus Güstrow, wo gegenwärtig der Prozeß gegen die Geschwister Kallies aus Hamburg wegen Mordes an der Schauspielerin Frau Thieß erledigt wird, erzählt unser Mecklenburger Parteiorgan, die „Volkszeitung": Als einige Geschworene und die Verteidiger nach der Anstrengung der Nachtsitzung im Gastzimmer eines Hotels sich stärkten, erschien der Nachtwächter und erklärte, die Polizeistunde sei überschritten. Die Namen der Verteidiger, Geschworenen und anderer Gäste wurden notiert.

Warnemünde. Große Bahnhofsdiebstähle wurden längere Zeit auf dem Warnemünder Bahnhofe verübt, ohne daß es gelingen wollte, die Täter zu fassen. Schließlich gelang es, einige der Uebeltäter zu fassen, worauf eine ganze Diebes- und Hehlergesellschaft ermittelt wurde, die in der Sache verstrickt war. Gestohlen wurden in großen Mengen Kartoffeln, Obst, Gemüse, Fleisch und Fische. Die Diebstähle wurden zumeist nachts auf dem des Kriegszustandes wegen verdunkelten Warnemünder Bahnhof ausgeführt. Die Waren kamen dann in Jollen nach Rostock. Nicht weniger als 39 Personen sind vor der Rostocker Strafkammer in Anklagezustand versetzt und 22 Zeugen sind geladen. Der Hauptangeklagte ist der Stationsarbeiter Keiser. Nachdem er in der Voruntersuchung geleugnet hatte, ist er jetzt geständig. Der Prozeß nahm drei Tage in Anspruch. Festgestellt wurde, daß 100 Dosen Gulasch, große Mengen Speck, Schinken, Käse, Eier, Konserven, Fische gestohlen und zum Teil zu Geld gemacht wurden. Die Diebe waren sämtlich Eisenbahnangestellte, während die Hehler kleine Geschäftsleute waren. Die Angeklagten wurden sämtlich zu Gefängnisstrafen von 2 Jahren bis zu einer Woche verurteilt, während einer der Hehler, der Händler Heinrich Donath aus Warnemünde, 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus erhielt.

Bremen. Auf der Lokomotive tödlich verunglückt ist ein hier wohnender Lokomotivheizer. Während der Fahrt mit dem Schnellzug Hamburg—Bremen, als sich der Zug nicht mehr weit von Bremen befand und der Heizer beim Ausschlacken der Feuerung war, wurde dem Manne plötzlich ein Feuerhaken, der auf dem Tender gelegen hatte, an den Kopf geschleudert, ohne daß die Ursache aufzuklären war. Der Heizer erlitt einen Schädelbruch und wurde in Königsmoor bei Rotenburg in ärztliche Behandlung gegeben. Später schaffte man ihn nach Bremen, wo er aber nach der Ankunft im Krankenhause starb. — Die neuesten Kriegsmaßnahmen der staatlichen Lebensmittelkommission bestehen in dem Verkauf großer Mengen Apfel- und Gemischtmarmelade, eigens hergestellt, durch die einschlägigen Geschäfte für 40 und 44 Pfg. das Pfund. Auch der Verkauf staatlicher Kühlhauseier für 2,40 Mk. das Dutzend hat begonnen.

Theater und Musik.

Stadttheater. Ein Maskenball, Oper in 3 Akten von Verdi. Das Genie Verdis findet auch in dieser Oper, die noch seiner ersten Schaffensperiode angehört, seinen glänzenden Ausdruck in der blühenden Melodik und der wirkungsvollen Instrumentation. Man begegnet darin sogar dramatischen Anfängen. Diese, die besonders in der Szene am Hochgericht in die Erscheinung treten, kamen gestern abend etwas zu kurz. Sowohl die Vertreter des Grafen Richard und René, als auch der Amelia sangen schön, aber sie schöpften nicht den inneren Gehalt ihrer Partien aus. Man erfreute sich der prächtigen Stimmen der Herren Hanson-Oerne (Richard) und Benzinger (René) und spendete auch den tüchtigen Darbietungen der Damen Hügli (Amelia), Schadow (Oskar) und Meisner (Ulrika), sowie der Herren Thies und Weisler (Verschwörer) lebhaften Beifall, aber dennoch erzielte die Aufführung keine uneingeschränkte Befriedigung, eben weil so etwas wie ein Musikdrama, von den Beteiligten unerkannt, in der Oper schlummert. Um die Inszenierung machte sich Herr Nöldechen, der nur die seltsame Felsenhöhle mit dem Rauche für die Ulrika hätte anders gestalten können, und um die ganze Wiedergabe der ausgezeichnete Dirigent, Herr Kapellmeister Wetzler, verdient. P. L.

Aus Nah und Fern.

Der „Telegraaf"-Redakteur freigesprochen, aber in Präventivhaft. Der Chefredakteur Schröder vom „Telegraaf" wurde von der Anklage, die Neutralität Hollands in Gefahr gebracht zu haben, freigesprochen. Er bleibt aber trotz des erfolgten Freispruches von der Anklage wegen einer anderen gegen ihn anhängigen Strafverfolgung vorläufig in Präventivhaft.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 15. Dezember. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Front hat sich nichts von besonderer Wichtigkeit ereignet.

Ein am 12. Dezember auf der Höhe von La Panne auf Grund geratener englischer Dampfer wurde gestern von unseren Fliegern mit beobachtetem Erfolge angegriffen.

Der Feind, der mehrere Flugzeuggeschwader gegen Bapaume-Peronne nach Lothringen und auf Müllheim (Baden) angesetzt hatte, büßte im Luftkampf oder durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze vier Flugzeuge, darunter ein Großflugzeug mit 2 Motoren ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Balkankriegsschauplatz.

Südwestlich von Plevlje ist der Feind über die Tara und weiter östlich über die Linie Grab-Vradarevo zurückgeworfen. Mehrere hundert Mann wurden gefangen.

Oberste Heeresleitung.

Verlustlisten.

Erschienen sind:

Preußische Verlustliste Nr. 404.
Sächsische Verlustliste Nr. 236.
Württembergische Verlustliste Nr. 319.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Kriegsunterstützung.

1. Zahltag (Ausweiskarten Nr. 1—3000) am 1. u. 16. jed. Monats
2. „ „ „ 3001—6000) „ 2. „ 17. „ „
3. „ „ „ 6001—9000) „ 3. „ 18. „ „
4. „ „ „ 9001 u. folg. „ 4. „ 19. „ „

Fällt ein Zahltag auf einen Sonn- oder Festtag, so verschieben sich dieser und die folgenden Zahlungstermine um je einen Tag.

Es wird ersucht, die Unterstützungen **nur an den Zahltagen** abzuheben.

Lübeck, den 12. Dezember 1915.

4944 **Die Stadtkasse.**

Bekanntmachung

betreffend die Anmeldung schulpflichtiger Kinder zur Aufnahme in die Volks- und Bezirksschulen.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Ostern beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1916 das sechste Lebensjahr vollenden, können ohne weiteres, die welche zwischen Ostern und Michaelis sechs Jahre alt werden, ausnahmsweise schon zu Ostern nächsten Jahres aufgenommen werden, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind.

Eltern, deren Kinder zu Ostern 1916 in eine städtische oder vorstädtische Volksschule oder in eine Schule des durch Gesetz vom 18. November 1912 eingemeindeten Gebietes (Travemünde, Kücknitz, Schlutup, Moisling, Siems und Israelsdorf) aufgenommen werden sollen, werden hierdurch aufgefordert, die Kinder baldtunlichst, spätestens aber bis zum 21. Dezember d. J. bei dem Hauptlehrer bezw. Bezirksschullehrer der betreffenden Schule anzumelden.

Bei der Anmeldung ist der Taufschein, in dessen Ermangelung aber der Geburtsschein und bezüglich derjenigen Kinder, die ihr 12. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, der Nachweis der gesetzlichen Wiederimpfung vorzulegen.

Lübeck den 26. November 1915. (4828

Die Oberschulbehörde.

Mittelschulen.

Die Anmeldung der in die hiesigen Mittelschulen zu Ostern 1916 aufzunehmenden Kinder hat vom 1. bis 17. Dezember bei den Hauptlehrern

der 1. Knaben- und 1. Mädchen-Mittelschule an den Werktagen zwischen 12 und 1 Uhr,
der 3. Knaben-Mittelschule werktags zwischen 12½ und 1½ Uhr,
der St.-Lorenz-Mittelschulen an den 3 ersten Werktagen von 4½ bis 5½ Uhr, an den 3 letzten Werktagen von 12½ bis 1½ Uhr

zu erfolgen.

Bei der Anmeldung ist der Taufschein oder in dessen Ermangelung der Geburtsschein des Kindes und, falls es das zwölfte Lebensjahr vollendet hat, auch der Schein über die Wiederimpfung vorzulegen. Für solche Kinder, die bereits eine Schule besuchen, ist das letzte Schulzeugnis beizubringen.

Nach dem 17. Dezember eingehende Anmeldungen können nur insoweit berücksichtigt werden, als noch Platz vorhanden ist.

Lübeck, den 26. November 1915.

4829) **Die Oberschulbehörde.**

Ausschuss für Kriegshilfe.

Verkauf in der Markthalle: Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags. (4945

Dän. Leberpastete 1-Pfd.-Dose **1.35 M.**
Marmelade .... 5-Pfd.-Eimer **2.— M.**
„ ausgewogen 1 Pfund **0.45 M.**

Weniger als 1 Pfund wird nicht abgegeben. Gefäße sind mitzubringen.

Der Verkauf ist für Personen mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mk. bestimmt u. findet Beckergrube 19, Einfahrt, Maschi-

Oberrealschule zum Dom in Lübeck

Musterbahn 4.

Anmeldungen für Ostern 1916 werden vom 1. bis 20. Dezember entgegengenommen. Sprechstunden täglich 11—12 Uhr morgens, am Dienstag und Freitag auch 5—6 Uhr. In diesem Jahr werden auch für die unterste Vorklasse und Sexta Anmeldungen angenommen, aber nur in beschränkter Zahl; es wird also dringend empfohlen, die Anmeldung bis zum 20. Dezember vorzunehmen.

4690) **Dr. Schwarz.**

Sozialdemokrat. Verein Schwartau-Rensefeld.

Als Opfer des Weltkrieges fiel auf dem Balkan unser Genosse

Richard Iwer.

Ehre seinem Andenken!

4976) **Der Vorstand.**

Für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter und Großmutter sagen herzlichen Dank. (4981

Familie Hattenbach.

Bill. zu verk. e. neue **Mädchenplüschmappe.** Lindenstr. 39a. p.

Billig zu verkauf. eine Zither und eine große Gelenkpuppe.
4973) Louisenstr. 4. I.

Zu verkaufen ein Paar **Schaftstiefel**, Größe 41 und ein Paar **Mädchenstiefel**, Größe 37.
4975) Geverdesstr. 20. pt.

Zufall Plüschga. nitur, modern st. 65.— Mk. Möbellager **Wahmstr. 83.** Ferner Vertikos, Spiegel, Trumeaus, Tische jetzt enorm billig. (4978

Ein guterhalt. **Puppenwagen und eine Nähmaschine** zu verk.
4982) Schützenstr. 49 b.

Zu kaufen gesucht (4974
ein Fuder Dung.
An der Mauer 58.

Glasscheiben aller Art off.
O. Landahl, Glashandlg., Hüxtertor-Allee 13. Fernr. 868. 5078

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H. 4984

Wir empfehlen:

Tannenbaumlichte	Paket	**45** ₰
Tafellichte, je nach Stärke und Qualität	Stück **24, 28** und	**30** ₰
Haselnüsse	Pfund	**76** ₰
Walnüsse	„	**76** ₰
Feigen	„	**60** ₰
Tannenbaumschmuck in großer Auswahl.		
Honigpulver	Paket	**10** ₰
Pfefferkuchenmehl ..	„	**50** ₰
Haferflocken	Pfund	**54** ₰
Maismehl, gelb	„	**50** ₰
„ weiß	„	**64** ₰
Kartoffelmehl	„	**28** ₰
Tapiokamehl	„	**60** ₰
Kartoffelgraupen ...	„	**60** ₰
Deutscher Sago	„	**55** ₰
Speck, fetter	„	**200** ₰
Dosenfleisch	„	**140** ₰
Leberwurst in ca. 1-Pfd.-Dosen ...	Dose	**140** ₰
„ hiesige, lose ausgewogen	Pfund	**185** ₰
Sülze, hiesige, lose ausgewogen	„	**145** ₰
Gulasch	1-Pfd.-Dose	**160** ₰

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Lübeck.

Die Auszahlung der

Weihnachts-Unterstützung

für die zum Militär eingezogenen Mitglieder an deren Frauen oder Angehörige findet für die Stadt Lübeck sowie Moisling und Herrnburg

am Sonntag, dem 19. Dezember

von morgens 8½ Uhr bis nachmittags 2 Uhr im Bureau, Johannisstraße 48, II. statt.

Für die übrigen Zahlstellen findet die Auszahlung

am Sonntag, dem 26. Dezember

morgens von 9—11 Uhr in folgenden Lokalen statt: **Für Fackenburg** bei **Paetau,** für **Travemünde** bei **Westphal,** für **Schlutup, Selmsdorf, Palingen** und **Kücknitz in Schlutup** bei **Saborowsky.**

4980) **Der Zweigvereinsvorstand.**

Krieg, Geschlechtskrankheiten

Ein Wort an die Frauen

von

Schwester Lydia Ruchland.

Preis 20 Pfg.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Weihnachtsgeschenke.

Taschenuhren
Weckuhren
Wanduhren
Goldwaren
Silberwaren
Kriegsgedenk-Schmuck

Leuchtblatt-Uhren. empfiehlt billigst 4970

32 **Willi Westfehling,** Holstenstraße. 32

zutem, Schaufenster zu beachten.

Der Konkurs-Ausverkauf

Johann Dittmer

Drögestr. 12a

dauert nur noch kurze Zeit. 4985

Der Konkursverwalter.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.

am Mittwoch, d. 15. Dezember abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Verbandsangelegenheiten.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

4983) **Die Ortsverwaltung.**

NB. Es wird freundlichst ersucht um das Erscheinen aller Vertrauensmänner.

Stadttheater. 4977

Mittwoch, 15. Dezember 1915:

Anfang 7 Uhr:

Zum letzten Male:

Doppelvorstellung.

Die Anna-Lise.

Schauspiel von Herm. Hersch.

Hierauf:

Wie die Alten sungen.

Lustspiel von K. Niemann.

Donnerstag, den 16. Dez. 1915:

Anfang 8 Uhr:

Gastspiel v. **Julius Gürtler** vom Hoftheater Kassel:

Zar und Zimmermann

Oper von A. Lortzing.

Van Bett ... **J. Gürtler.**

Freitag, d. 17. Dezember 1915:

Anfang 8 Uhr:

La Traviata.

Oper von G. Verdi.

Nr. 293
22. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Mittwoch,
den 15. Dezember 1915

Die Lebensmittelversorgung vor der Reichshaushaltskommission.

(Sitzung vom 13. Dezember.)

Zunächst wurde über einige Dutzend Anträge abgestimmt. Das Resultat dieser Abstimmung werden wir zusammenfassend wiedergeben, sobald eine Zusammenstellung vorliegt. Nur soviel sei bemerkt, daß die meisten Anträge, auch die sozialdemokratischen, angenommen wurden. Einer dieser Anträge fordert das Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit in den mit motorischer Kraft betriebenen Mühlen.

Die Diskussion wendet sich dann der Fleischversorgung zu. Die Sozialdemokraten beantragen: a) Einführung einer Fleischkarte, die den Verbrauch gleichmäßig regelt. b) Einführung einer kombinierten Karte, die den Bezug von Butter, Schmalz, Margarine und Fetten regelt. c) Für Groß- und Kleinhandel Höchstpreise für alle Fleischarten, Fleischwaren und Wurst, abgestuft nach Fleischsorten. d) Höchstpreise für Vieh ab Stall und Schlachtviehmarkt. Einführung eines Schlußscheines beim Viehkauf und -verkauf.

Die Nationalliberalen fordern eine Regelung der Versorgung der Schweinemäster mit Futtermitteln, zu deren Ankauf das Reich einen Zuschuß leisten soll. In der gleichen Richtung bewegt sich eine Reihe anderer Anträge.

Abg. Matzinger (Zentr.) fordert die Einführung von Schlußscheinen im Viehhandel. Jetzt besteht die Gefahr, daß unsere Viehbestände verschleudert werden. Deshalb muß eine untere Gewichtsgrenze für Schlachtvieh festgesetzt werden. Die Spannung der Preise bei Wild ist zu groß.

Abg. Held (Natl.) begründet den Antrag seiner Partei mit dem Hinweis auf die schwierigen Verhältnisse, in denen sich die Schweinemäster befinden.

Ein Regierungsvertreter äußert sich über die Organisation der Reichsfuttermittelstelle.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) erörtert die Preistreiberei auf dem Fleischmarkt, der nur entgegengetreten werden kann durch Höchstpreise für alle Arten von Vieh. Die hohen Rindviehpreise haben bereits zur Abschlachtung von Milchvieh geführt. Letztere muß verboten werden. Die Einführung von Fleischkarten ist nötig, damit der Konsum der Besitzenden herabgedrückt wird. Die Einführung der Schlußscheine ist notwendig, um eine Preiskontrolle zu haben und in Verbindung damit müssen Stallpreise eingeführt werden. Die städtischen Viehhalter sind durch diese unerhört hohen Preise für Futtermittel ganz besonders geschädigt. Bei der Verteilung der Futtermittel sollte man die städtischen Molkereien mehr berücksichtigen, die gar nicht in der Lage sind, selbst Futtermittel anzubauen. Dadurch ist der Bestand an Milchvieh verringert worden.

Unterstaatssekretär v. Stein bespricht die Futtermitteleinfuhr aus den Balkanstaaten. Die Organisation der Einfuhr wird fortgesetzt verbessert.

Abg. Roesicke (Bund d. Landw.) behauptet, daß die Landwirtschaft nicht reicher wird, sondern eher der Verarmung entgegengeht. Die Viehzüchter werden durch das fortgesetzte Schwanken der Preise sehr beunruhigt. Die Abschlachtung der Kühe wird durch Höchstpreise nicht verhindert, so lange nicht genügend Futtermittel beschafft werden. Wo Vieh aus letzterem Grunde nicht mehr gehalten werden kann, müßte es vom Staate übernommen und nach Gebieten gebracht werden, wo Weidebetrieb möglich ist. Die Regierung müßte schon jetzt auf die Konservierung des Fleisches bedacht sein. Die Vorwürfe gegen die Bezugsvereinigung des Bundes der Landwirte entbehren der Berechtigung.

Abg. Fegter (Fortschr.) bittet die Regierung, bei Festsetzung von Höchstpreisen nicht immer schwankend zu sein. Man muß auch, um Störungen zu vermeiden, dem Handel etwas verdienen lassen. Bei der Festsetzung von Stallpreisen muß auch festgesetzt werden, ob das Vieh nüchtern gewogen werden muß, oder ob bis zum letzten Moment gefüttert werden darf.

Ein Regierungsvertreter hält es für ganz unmöglich, das Abschlachten von Milchvieh zu verbieten, wenn man den Landwirten nicht Futter zur Verfügung stellen könne. Die Schwierigkeiten in der Verteilung der Futtermittel hängen mit den ungenügenden Vorräten zusammen. Für die städtischen Molkereien wird nach Möglichkeit gesorgt. Bei der Verteilung des teureren ausländischen Fleisches wird darauf Bedacht genommen, daß dieses Fleisch von den Besitzenden gekauft wird. Der Handel mit Rindvieh soll künftig konzessioniert werden, um den wilden Handel zu beseitigen.

Präsident Kautz äußert sich zu den sozialdemokratischen Anträgen. Ehe man rationieren kann, muß man erst den notwendigen Bedarf pro Kopf und die verfügbare Menge kennen. Diese Frage kann nur durch die Gemeinden gelöst werden. Die Städte haben bereits jetzt die Möglichkeit, Butterkarten einzuführen. Schwieriger liegt es mit der Fettkarte. Für Wurst und die einzelnen Fleischsorten können die Gemeinden Höchstpreise festsetzen; das Reich aber kann das nicht, dazu sind die Verhältnisse zu verschieden.

Abg. Gothein bespricht die Kohlenausfuhr nach Rumänien, die sich in durchaus geordneten Verhältnissen abwickelt. Der Futtermangel ist nicht die einzige Ursache des Mangels an Fleisch. Höchstpreise für Rindvieh hält der Redner bei der Verschiedenheit der Qualität für absolut unmöglich. In allen Kreisen des Volkes wird zuviel Fleisch gegessen, das hängt damit zusammen, daß viele Arbeiter heute sehr hohe Löhne beziehen. Mit einer Fleischkarte ist nichts zu erreichen. Die Wirkung wäre, daß mit diesen Karten ein Handel getrieben werden könnte. Die heutige Festsetzung der Preise für Schweinefleisch ist völlig unhaltbar. Die Organisation der Einfuhr von Butter ist mangelhaft. Bei der Verteilung der Futtermittel haben die Großgrundbesitzer einen völlig unberechtigten Vorzug.

Abg. Löscher (Freik.) macht die Konservenfabriken für den Mangel an Fleisch mitverantwortlich, die ihr Vieh direkt vom Produzenten beziehen. Die Verordnung von Milch zu Kaffee muß verboten werden.

Abg. Giesberts: Die besitzenden Klassen empfinden keinerlei Mangel. Den Kreisen bis zu einem Einkommen von 2000 Mark muß ein entsprechendes Quantum Fleisch zur Verfügung gestellt werden. Der Hinweis auf die hohen Löhne der Arbeiter ist verfehlt, die Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen wird erbärmlich genug bezahlt. Der Handel ist offenbar der Meinung, daß er berechtigt ist, in den Kriegszeiten besonders hohe Gewinne zu nehmen. Die Regierung muß es als oberste Pflicht betrachten, jeder weiteren Verbitterung des Volks entgegenzuwirken. An den bestehenden Schwierigkeiten darf die Einführung einer Fleischkarte nicht scheitern.

Abg. Herold (Ztr.) ersucht die Regierung dringend, mit der Lieferung von Ersatzfuttermitteln nicht zu zögern. Von einem Schlachtverbot für Rindvieh kann keine Rede sein. Die bevorzugte Versorgung der städtischen Molkereien mit Futtermitteln würde eine Benachteiligung der Landwirtschaft bedeuten. Die hohen Kleie- und Schrotpreise sind nicht berechtigt, sie entstehen nur durch die Zwischengewinne.

Abg. Böhme (Ntl.) empfiehlt die Privatmeldungen zwangsweise für die Viehhaltung zu verwerten. Wenn es sich, wie hier, um ein öffentliches Interesse handelt, dann müssen private Interessen zurücktreten.

Abg. Dr. Wendorff (Fortschr.): Die Verteilung der Futtermittel geschieht nicht unparteiisch. Die Verteilung darf nur die Viehzahl zugrunde gelegt werden. Die größere Berücksichtigung der städtischen Molkereien ist durchaus berechtigt und notwendig. Die Berücksichtigung der Geflügelzüchter rechtfertigt sich durch den hohen Wert, den dieser Zweig unseres Wirtschaftslebens hat. In kleinbürgerlichen Kreisen klagt man bitter über den zunehmenden Wildschaden, der seine Ursache in dem mangelnden Abschuß hat.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein bestreitet entschieden, daß bei der Verteilung der Futtermittel ungerecht verfahren wird. Eine Verteilung nach der Viehzahl ist bei der Verschiedenheit der einzelnen Wirtschaften unmöglich. Die Versorgung der städtischen Molkereien wird, soweit nur irgend möglich, sichergestellt. Das Reich wird auf die Einzelstaaten einwirken, um einen stärkeren Wildabschuß herbeizuführen.

Abg. Wurm (Soz.) erblickt den Fehler, der bei Einführung von Höchstpreisen für Schweinefleisch gemacht wurde, darin, daß sie zu spät eintraten. Die Agrarier hoffen, daß die Höchstpreise erhöht werden, und halten deshalb mit den Vorräten zurück. Die Regierung muß Schweine beschlagnahmen, damit die Industrie-Arbeiterschaft mit Schweinefleisch versehen werden kann. Die Monate Januar und Februar sind dazu besonders geeignet. Der Fleischverbrauch muß durch Karte geregelt werden. Die fleischlosen Tage dürfen in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden, denn die Besitzenden werden davon nicht betroffen. Wie stellt man sich die Kontrolle des Verkaufes ausländischen Schweinefleisches vor? Bei der Wurst sind die Preise zu hoch, diese hohen Preise reizen dazu an, das Fleisch zu Wurst zu verarbeiten. Dem Konservenschwindel kann man nur dadurch begegnen, daß auf der Umhüllung der Inhalt genau angegeben wird. Mit der Butterversorgung hat Straßburg vorbildlich gewirkt. Der Verschleiß steht dort unter strengster Kontrolle der Stadt, die den Verbrauch durch Ausgabe von Karten regelt. In Berlin wird gerade die ärmere Bevölkerung am schwersten getroffen. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft kauft zu teuer. Händlergruppen verstehen es immer wieder, ein Sinken der Butterpreise zu verhindern. Deshalb müssen wir Butterkarten haben. — Abg. Fegter erörtert die Strohpreise und warnt davor, den Ausdrusch übermäßig zu beschleunigen. Das Stroh kann dann nicht zweckmäßig aufbewahrt werden. Vor einer neuen Massenabschlachtung von Schweinen sei zu warnen. — Abg. Roesicke erblickt einen Vorteil darin, daß wenig Schweine auf den Markt kommen. Der Mangel an frischem Schweinefleisch ist nur auf die Schlächter zurückzuführen. Die Einführung von Butterkarten ist notwendig. Vor einem schematischen Eingriff in die Privatforsten ist dringend zu warnen. Die Bezugsvereinigung der Landwirte ist über jeden Eingriff erhaben, sie wacht nur darauf, daß die Futtermittel gerecht verteilt werden. Wenn heute recht viel Rindvieh auf die Märkte kommt, so geschieht dies nur aus Angst vor den drohenden Höchstpreisen. — Abg. Malzinger behauptet, daß in Bayern die Konsumenten zu wählerisch sind, fette Schweine können dort nicht verkauft werden, man will nur mageres Schweinefleisch haben. Daß man einen Teil der Molkereiproduktion beschlagnahmt, ist nicht erfreulich. — Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein: Wenn die Einfuhr von Butter zentralisiert werden mußte, dann konnte man nicht alle Händler beschäftigen. Ueber den Zustand der Butterversorgung in Berlin wird mit Recht geklagt; in den nächsten Tagen wird eine Aenderung eintreten, die in Verbindung mit starker Einschränkung steht. Das Beispiel von Straßburg zeigt, was eine Kommune bei gutem Willen leisten kann. Der Erfolg der fleischlosen Tage darf doch nicht unterschätzt werden. Es ist scharf zu verurteilen, wenn die besitzenden Kreise sich nicht darnach richten. In Wilmersdorf ist der Fleischverkauf um 27 % zurückgegangen. Die neugeschaffenen Zentralisationen funktionieren mit jedem Tag besser. — Abg. Roland-Lücke (Natl.) verlangt, daß in Gast- und Speisehäusern Butter nur auf Verlangen verabreicht werden darf; zu belegten Broten darf Butter nicht verwendet werden. Durch Fleischkarten muß der minderbemittelten Bevölkerung der Bezug von Fleisch ermöglicht werden. Der vermehrte Abschuß von Wild muß zwangsweise verfügt werden. — Abg. Fischbeck (Fortschr.): Die fleischlosen Tage haben die auf diese Maßnahme gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Die Bergarbeiter sind gewohnt, viel Fleisch zu essen; die hohen Löhne der Arbeiter haben dazu geführt, daß in diesen Kreisen heute mehr Fleisch gegessen wird, als wie in den Schichten des Mittelstandes. Ob man mit Höchstpreisen für Rindfleisch zu dem gewünschten Ziele kommt, ist zu bezweifeln. — Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den agrarischen Vertretern spricht Staatssekretär Helfferich über jene Anträge, die Zuschüsse vom Reiche fordern. Dieser Weg ist nicht richtig; auf eine solche Zuschußwirtschaft kann sich das Reich nicht einlassen. Diese Forderungen stehen in engstem Zusammenhang mit den Anträgen auf Erhöhung der Familienunterstützung, die wiederum in Zusammenhang steht mit der beantragten Erhöhung der Soldatenlöhnung. Für letzteres liegt kein Bedürfnis vor, höchstens daß die Mannschaften einer besseren Verpflegung bedürfen. Auf diesem Gebiet ist bereits viel geschaffen. Vielleicht kann man dem Kriegsministerium eine Pauschale für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Der Satz der Familienunterstützung von 10 Mark monatlich ist durchaus genügend. Wo sich Härten ergäben, ist die Möglichkeit vorhanden, einen Ausgleich zu schaffen. Man darf auch den Kommunen nicht die Pflicht auferlegen, bestimmte Leistungen zu übernehmen. Bei den geforderten Zuschüssen für die Futtermittelversorgung will die Regierung prüfen, was sich machen läßt. — Abg. Kreth hält es für gleichgültig, wer die Zuschüsse leistet. — Abg. Erzberger stellt fest, daß der Reichsschatzsekretär sich entgegenkommend geäußert hat. Personen unter 2000 Mark Einkommen müssen die Lebensmittel billiger bekommen, und dazu müssen die Kommunen Zuschüsse erhalten. Für das ganze Reich ist eine Erhöhung der Familienunterstützung nicht nötig. Notwendig ist eine Erhöhung in jenen Gegenden, in denen die reine Geldwirtschaft herrscht; dort können die Familien nicht auskommen. Hier muß eingegriffen werden. Die Erhöhung der Mannschaftslöhnung ist nötig, weil die Mannschaften höhere Preise für ihre Bedürfnisse anlegen müssen. — Die Kommission beschloß, die Erhöhung der Mannschaftslöhnung hier mitzubehandeln und gleichzeitig auf die Kriegsbesoldungsordnung einzugehen. — Abg. Bauer (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge, in denen verlangt wird, daß die Unterstützung der Kriegerfrauen monatlich 20 Mark und die der Kinder 10 Mark betragen soll. Die Gemeinden sollen verpflichtet werden, mindestens 50 % Zuschlag zu zahlen. Der Redner trat der Auffassung entgegen, daß ein Bedürfnis zur Erhöhung der Familienunterstützung nicht vorhanden sei. Selbst im Osten, wo neben der Geld- auch die Naturalwirtschaft besteht, herrscht unter den Kriegerfamilien große Not. Besonders schlecht gestellt sind aber die Familien der freien Arbeiter, die auf dem Lande mitunter höhere Lebensmittelpreise bezahlen müssen, als wie sie in den Städten gefordert werden. Die Lieferungsverbände haben vielfach sehr wenig sozial gehandelt. Redner belegt das in einer Reihe überaus drastischer Beispiele. Zum Schluß fordert er die Schaffung einer Berufungsinstanz. — Ministerialdirektor Lewald bemerkt, daß 4 Millionen Fälle in Frage kommen mit vielleicht 12 Millionen Personen. Eine allgemeine Erhöhung sei jedenfalls nicht zweckmäßig. Viele Gemeinden sind gar nicht in der Lage, die geforderten Zuschüsse zu zahlen, und daß Reich kann ihnen die Zuschüsse auf keinen Fall ersetzen. Auch eine Beschwerdeinstanz habe nicht viel Zweck. Für die Unterstützung der Kriegerfamilien wendet das Reich gegenwärtig monatlich 100 Millionen Mark auf, während die Gemeinden 40 Millionen zuschießen müssen. — Abg. Gothein hält vielfach die Unterstützung für unzureichend, namentlich dann, wenn es sich um alte Eltern handelte, die mehrere Söhne im Felde haben. Die Gehälter der Offiziere hat man nicht herabgesetzt, und soweit die Bezüge der Beamten ermäßigt worden sind, hat der Generalgouverneur von Belgien diese Maßnahme einfach illusorisch gemacht dadurch, daß er die Bezahlung in alter Höhe anordnete. — Nachdem noch Staatssekretär Helfferich, Abg. Roesicke und einige Regierungsvertreter das Wort genommen hatten, erfolgte Vertagung der Sitzung auf Dienstag.

Im Hirtenhaus.

Eine oberfränkische Dorfgeschichte von Heinrich Schaumberger.

24. Fortsetzung.

Das hatte der Bergbauer bloß hören wollen; er hielt die Nachbarn beim Wort und brachte den Beschluß durch, gleich am Montag solle eine Deputation ins Amt und dort die Klagen der Gemeinde anbringen.

Nun ist es aber in Bergheim Sitte, wenn zwei Männer einen Span zusammen auszugleichen haben, machen sie sich gegenseitig hinter dem Rücken schlecht, schimpfen und lästern zum Erbarmen, ins Gesicht aber reden sie freundlich zusammen, und es ist eine Herrlichkeit; man meint, treuere und bessere Freunde habe die Welt noch nicht gesehen. Sitzen sie jedoch im Wirtshaus die langen Nächte zusammen, haben faule Witze und überreichlich genossenes Bier das Blut in Wallung gebracht, dann bricht der lange geheim gehaltene Groll hervor, und auf der Bierbank, vor allen Gästen, waschen sie ihre schmutzige Wäsche! Still und friedlich geht natürlich der Zank nicht ab; Tische, Stühle und Gläser wissen am andern Morgen ein Lied davon zu singen.

Heute, am Sonntag abend, war die Wirtsstube gedrückt voll Menschen, an fünf großen Tischen saßen die Nachbarn rauchend und trinkend zusammen. Aber die Unterhaltung wollte nicht in Fluß kommen, eine gewisse Spannung lag auf den Gesichtern, je weniger man redete, desto schneller wurden die Gläser leer — kein Zweifel, es zog sich ein Gewitter zusammen. Besonders mißmutig saß der Eckenhanfrieder in seinem Winkel. Bei der Teilung der Hinterlassenschaft seines Schwiegervaters in Dammsbrück hatte er, um ein möglichst großes Erbstück herauszuschlagen, seinen Schwager, der das Gut übernehmen sollte, unvernünftig in die Höhe gesteigert, weil er meinte, dieser würde das väterliche Gut nicht aus den Händen lassen. Dieser aber, der auswärts eine billige Gelegenheit kannte, drehte plötzlich den Spieß um und erklärte mit Zustimmung sämtlicher Geschwister, um den Preis solle der Eckenhanfrieder das Gut selber behalten. Dabei blieben auch die Geschwister stehen, und dem Hanfrieder, dem schon auf seinen Bergheimer Grundstücken die Schulden bis an den Hals gingen, ward das Dammsbrücker Gut zugeschrieben. Jetzt eben rechnete und reunete er, wie er sich aus der Schlinge ziehen wollte, ohne ein Bettler zu werden, dabei ward er auf sich und alle Welt fuchsfalsch. Sticht den Schulz der Hafer, und da es in der Stube gar so still ist, meint er, das sei eine Gelegenheit, den Eckenhanfrieder ein wenig zu hänseln. Tut also einen mächtigen Zug, drückt den Tabak in seiner Pfeife nieder, macht ein schlaues Gesicht und sagt: „Nu, Hanfrieder, sitz'st ja meiner Seel' da wie ein Forstgehilfle, der ein Reh statt einen Bock geschossen hat und sich nicht zum Förster getraut! Wo fehlt's denn? — Drückt dich öpper (vielleicht) dein Dammsbrücker Gütle?"

„'s hat jeder Mensch sein Bündel auf'm Buckel," war die gereizte Antwort. „Wer weiß, was Euch drückt!"

„Hast wahrscheinlich ein Goldgrube drüben," fuhr der Schulz fort zu sticheln, „weil du so tapfer darauf los Schulden machst?"

„Das braucht man gar nimmer heutzutag," entgegnete Hanfrieder bedächtig. „Ich bau' auf meine Güter Schneidershäusle und laß sie drei-, viermal verstreichen! — He, Kirchbauer, das ist noch mehr wie eine Goldgrube!"

Der Stich saß! — Lautes Gelächter übertönte die Antwort des Kirchbauern, der Schulz biß einen Ringel seiner Pfeifenspitze ab. Nach einer Weile begann er: „Bist ein Hauptkerl! 's ist schade, daß dich Bergheim einbüßt!"

„Ja, ich geh' auch eigentlich nicht gern, aber in Bergheim gibt's so schon Hauptspitzbuben genug, da ist nichts mehr zu machen. Drüben werd' ich Schulz und Gemeinderechnungsführer, nachher sitz ich warm! Die Dammsbrücker warten auch schon mit Schmerzen auf mich, so begierig sind sie auf die Bergheimer Herrlichkeit!"

„Potz Donnerschlag," schrie jetzt der Schulz und schlug mit der Faust auf den Tisch. „Was soll das heißen? Ist das auf mich gemünzt? Hanfrieder, dasmal hast du dem Kalb ins Aug' geschlagen, das Wort kommt dich teuer zu stehen!"

„Nu, nu, stoßt nur nicht gleich dem Faß den Boden aus, ich lauf' Euch ja nicht davon," entgegnete der Eckenbauer heuchlerisch demütig. „Wenn Ihr mich verklagen wollt, wartet wenigstens, bis ich Schulz bin, nachher muß mir doch wenigstens die Gemeinde die Kosten, Straf' und Gäng' ersetzen!"

Das Gelächter seiner Nachbarn öffnete dem Schulz die Augen! Was hätte er darum gegeben, konnte er seine unüberlegten Reden ungeschehen machen! Das war kein Scherz mehr, das waren auch nicht zufällige Einfälle des Eckhanfrieder, dahinter steckte mehr, eine Verabredung, eine Vereinbarung. Und als jetzt seine Blicke über die Versammlung glitten — da wußte er, diesmal stand die ganze Gemeinde gegen ihn. Was nun tun? — Schweigen durfte er nicht, sonst war seine Sache schon heute verloren! — Halt, ein Scherz zu rechter Zeit hat schon über vieles hinweggeholfen! Trotzdem er fühlte, daß sein Gesicht weiß sein mußte, wie die Wand, zwang er sich doch zum Lachen und sagte: „Hast deine Sache nicht schlecht gemacht; ein andermal geht's anders, dann hab' ich die Lacher auf meiner Seite. Hast mich gut heimgezahlt! — 's ist wahr, man sollt' sich eher die Zunge abbeißen, eh man ihr im Zorn den Lauf läßt! Da ist mir gestern in der Hitz' gegen den Schreinerslorenz so ein dumm Wort 'rausgefahren, nun muß ich mir damit auch schon aufs Maul schlagen lassen. Macht mir nur keine Geschichten; es weiß doch jeder, was auf solche Reden, die einem in der Hast 'rausfahren, zu geben ist!"

„Daß dich der Hund beißt, Schulz, da muß ich auch dreinfallen," sagte der Grundmüller. „Wie Ihr gestern im Hirtenhaus aufgetreten seid, das war nicht bloß Hitz' und Jast! Ihr habt gut genug gewußt, was Ihr sagtet, und ich wollt' einen Eid drauf ablegen, 's war Euer Ernst!"

„Die Uhrmacherles müßten ins Hirtenhaus, hat er gedroht!" schrie der Mäurerslang. „Er soll's einmal leugnen, daß die Hypothek auf ihrem Häusle schon wieder eingeklagt ist, der Heuchler!"

Vergebens bat der Bergbauer die Nachbarn, ruhig zu sein, das Wirtshaus sei nicht der Ort, wo man solche Sachen zum Austrag bringe, sie sollten sich nur gedulden, es würde sich alles finden! — Seine Stimme ging ungehört in dem Tumult, in dem Schimpfen der Aufgeregten unter. Schon begann der Wirt vorsorglich Biergläser und Stühle aus dem Handbereich der Wildesten zu entfernen, als der Ottensmärt alle überschrie: „Lang' genug hat mich der Kirchbauer am Narrenseil geführt, morgen mach' ich's wett! Ich war lang' im Ausschuß, mein Wort hat Gewicht — und morgen geh ich mit der Deputation ins Amt und verlang', daß eine Kommission 'raus kommt und die Rechnung prüft! Und wenn die andern alle zurück wollen — dann geh ich allein, so wahr ich Märt heiß'!"

Tiefe Stille folgte diesen Worten — aller Augen blickten erstaunt, erschrocken auf den Kirchbauer und Schulzen. Der Kirchbauer war jach aufgefahren und starrte verstört um sich, der Schulz dagegen sank wie zerbrochen in seinen Stuhl zurück. Langsam strich er sich übers Gesicht, stand auf und ging still hinter dem Kirchbauer, der wankte wie ein Betrunkener, aus der Stube.

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 49 22. Jahrgang

Unterhaltungsblatt

Mittwoch, 15. Dezember 1915

. . . währet ewig!

Ein prachtvoller Herbsttag war gekommen. Im Hotel d'Allemagne zu Aywaille, das voll von Wiedergenesenden lag, war schon in den Vormittagsstunden reges Leben. Ein Ausflug in das Tal der Amblève sollte die Feldgrauen aufheitern. Bepackt mit den nötigen Mundvorräten für den Tag über zogen sie los. Sie kamen nicht sehr weit. Schon in Remouchamps hielten sie Einkehr, besuchten dann die Grotte und ließen sich hierauf für den weiteren Tag nieder an dem Ufer des Flüßchens. Ach, wie war die Welt hier so friedlich und schön! Wie weit hinter ihnen lag all das Furchtbare des Krieges mit seinem tausendfältigen Tod, mit seiner millionenfachen Zerstörung. Jeder der Feldgrauen hatte seinen Traum: den Traum vom Frieden und der Heimkehr. Sie saßen und lagen still da, ließen sich von den Strahlen der warmen Herbstsonne bescheinen und hüteten sich fast ängstlich, eine Bewegung zu machen, da sie fürchteten, sie könnte ihren Träumen ein Ende machen.

Es war über alle das große Schweigen gekommen, das immer die Menschen erfaßt, wenn lautlos zwar, doch mächtig die Natur zu den Herzen spricht. Etwas abseits von einer größeren Gruppe der Feldgrauen lag im Grase ein noch junger Soldat. Er lag auf dem Rücken und schaute gegen den Himmel, hie und da wendete er leicht den Kopf und sein Blick fiel dann auf das alte Schloß von Mont-Jardin, das, halb versteckt im herbstlich gefärbten Laub, von einer Felsenkrippe zu ihm herab grüßte. Ja, ihn grüßte das alte Gemäuer dort oben und weckte Erinnerungen, die sein Herz zittern ließen.

Hans Gärtner war vor zwei Jahren als Kellner in Aywaille beschäftigt gewesen. Seine Stelle hatte er im Frühjahre angetreten, im Herbste wollte er sie wieder verlassen. Er blieb aber auch im Winter da. Und was ihn hielt, war ein liebes Mädchen, das während der Saison im Hotel de Liege Zimmerfräulein war und das im Herbste nach dem alten Schloß Mont-Jardin zurückkehrte, wo ihr Vater Kastellan war. Und Hans wanderte im Winter, wenn er sich nur frei machen konnte, nach Remouchamps, stieg hinauf nach Mont-Jardin, um den alten Pierre Leloupe aufzusuchen. Er hatte ihn in Aywaille kennen gelernt und Hans, der als Kellner die Welt gesehen, und der alte Pierre, der früher zur See gefahren war, hatten Gefallen aneinander gefunden, waren Freunde geworden. Freilich, ob die Freundschaft so dick geworden, ob Hans so oft sich hätte mit Pierre etwas erzählen müssen, wenn oben in Mont-Jardin nicht Josephine gewesen wäre, das ist eine andere Frage.

Hans und Josephine waren ein herrliches Paar. Er war ein Mann von ziemlicher Größe, hatte einen keken schwarzen Schnurrbart, dunkle Augen und ein gebräuntes Gesicht. Josephine ragte an Größe ebenfalls weit über das Durchschnittsweibliche hinaus. Sie war trotz des französischen Namens ihres Vaters der Typus einer Flämin, mit blonden Haaren, blauen Augen und der Gesichtsfarbe von Milch und Blut. Der Vater hatte die Mutter in Antwerpen kennen gelernt, sie geheiratet, war nach der Hochzeit bald wieder zur See gegangen, und als er wieder heimkehrte, war die Mutter tot — Josephine hatte ihr das Leben gekostet. Der Vater war dann nach Remouchamps gekommen, hatte zuerst ein kleines Gasthaus geführt und dann die Kastellanstelle auf Schloß Mont-Jardin übernommen. Da ward ihm gut. Nicht menschenscheu, aber doch gern allein mit seinen Gedanken, lebte er in dem alten Schloß schon über ein Jahrzehnt. Im Sommer ging Josephine nach Aywaille, und im Winter war sie bei ihrem Vater, streifte mit ihm herum, groß, kräftig und gewandt wie er und auch ein wenig sich absondernd von den Menschen.

Vater Pierre hatte seine eigene Ideen. Die Welt und das Leben hatten ihm etwas gelehrt. Im Seemannsbund war er früher einer der Führer gewesen. Jetzt saß er oft sinnend im Park von Mont-Jardin und sann nach über das Problem: die Welt muß anders werden, damit jeder darin sein Glück findet. Wenn er den Blick hinunterwarf in das herrliche Amblevetal, dann reckte er sich und sagte er zu seinem Mädchen: „Schau Dir dieses schöne Stückchen Welt an, Josephine! Müßten daran nicht alle Menschen gut und verständig werden?" Und dann ging er hinunter nach Remouchamps, ging bis nach Aywaille oder La Greize, kehrte da und dort ein bei den kleinen Landleuten, bei den Steinbrucharbeitern und lehrte ihnen zwei Dinge: Sich zusammentun und vereint miteinander ein neues Leben aufbauen. Und er hatte Erfolg. Eine genossenschaftliche Organisation wuchs im Amblevetal empor, freie Schulen wurden errichtet, Organisationen gegründet. Josephine hatte im Winter viel Arbeit, lehrte die kleinen Mädchen Handarbeiten und die Frauen kochen und haushalten. Und der Segen des organisierten Lebens und der gemeinsamen und geordneten gegenseitigen Hilfe machte sich im Amblevetal bemerkbar.

Eines Tages war Pierre nach Aywaille gekommen, um dort eine Versammlung abzuhalten. Nach der Versammlung war er mit Hans Gärtner zusammengekommen. Hans hatte in seinem Leben immer den offenen Blick für die Welt um sich gehabt. Sein Beruf hatte ihm für manche Gebreßen mehr die Augen geöffnet; er sah tiefer und klarer, woran die Welt krankt, als mancher, der in harter Arbeit in der Fabrik oder am Pflug steht. In Vater Pierre traf er einen Gleichgesinnten, und als er erfuhr, daß Pierre der Vater des Zimmerfräuleins vom Hotel de Liege sei, da schien ihm das Leben auf einmal doppelt schön und kampfenswert. Als daher der Winter kam, ging er nicht, wie er ursprünglich beschlossen hatte, nach Köln zurück, sondern blieb und wallfahrtete, so oft es ging, nach Mont-Jardin, beriet und besprach sich mit Pierre oder, noch lieber, durchstreifte mit Josephine die Häuschen und Hütten des Amblevetales und bekam von Josephine eine Achtung, die seine Neigung zur lieben Liebe machte.

Vater Pierre hatte nichts gegen den Bund der Beiden. Er lächelte zwar über die Besuche von Hans und lachte eines Tages gerade heraus: „Wenn eure Herzen zusammenpassen, wie ihr doch zusammenpaßt, dann werd' ich schöne Enkelkinder kriegen!" Josephine wurde leicht rot dabei und Hans wußte von diesem Tage an, daß er ein Weib haben werde. Und dann kam das Beraten und Planen, wie und wo man sich ein Nest baue. Ein Plätzchen im Amblevetal wurde ausgesucht, da sollte ein Gasthaus mit einem Saal errichtet werden, wo die Arbeiter und Landleute zusammenkommen, wo sie eine Heimstätte finden könnten, wo Pierre seine Lehre: sich zusammenzutun und vereint miteinander am neuen Leben zu schaffen, entwickeln könnte, wo Josephine arbeiten konnte, als — wie sie genannt wurde — die Liebe des Tales.

Es kam alles anders. Ihr kleines Glück zerbrach, als der Friede zerbrach. Hans war zur Saison 1914 nach Scheveningen gegangen, um in tüchtiger Arbeit zur Verwirklichung des Planes noch einen Zuschuß zu verdinen. Da rief ihn der Krieg als Reservemann nach Deutschland zurück. In den ersten Tagen des August bereits stand er als Soldat und Feind auf dem Boden des Landes, wo er sein Liebstes hatte und das seine Heimat hätte werden sollen. Im Winter überschüttete ihn im Schützengraben in der Champagne ein Schrapnell und riß sechs Wunden in seinen Körper. Zuerst auf Leben und Tod monatelang in Namur liegend, siegte sein kräftiger Körper; er kam zur völligen Herstellung nach Aywaille. Er hatte sich erkundigt nach Mont-Jardin und erfahren, was geschehen war. Auf Mont-Jardin wohnte niemand mehr. Pierre, der verzweifelt glaubte, sein bescheidenes Werk würde der Krieg zerstören, war unter die „Garde civique non activo" gegangen, um sein Land zu verteidigen; verraten von seiner Regierung, die ihm wohl die Waffen zum Kampf, aber nicht das militärische Abzeichen zur Legitimation als Soldat gab, war er bei den Kämpfen im Maastal standrechtlich erschossen worden. Er lebte weiter im Gedächtnis der Leute vom Amblevetal. Als er ging, hatte er ihnen seine Lehre wiederholt: Zusammenbleiben und das geschaffene Wenige durchhalten! Und er fügte hinzu: „Wenn Ihr den Krieg übersteht, indem Ihr Euch beisteht — dann haben wir gesiegt!" Diese Worte hatten die Leute behalten, mußten sie behalten, denn es lebte unter ihnen Josephine.

Josephine war ihm einmal in Aywaille begegnet. Schwarz gekleidet trat sie ihm in den Weg und sah ihn mit tiefmitleidigem Blick an. Aber als er ihre Hand ergreifen wollte, zog sie sie zurück und Tränen kamen ihr in die Augen. Sie schüttelte den Kopf und sagte leise: „Ein Grab!"

Hans Gärtner lag im Grase und sah immer wieder hinauf nach Mont-Jardin. Das herbstliche Laub umkrönte das alte Schloß. Die Sonne ließ die Fenster aufglühen durch das Laubwerk. So war es vor zwei Jahren; alles schien noch beim Alten und doch war alles aus. Es kam ein feuchter Schimmer in seine Augen. Er strich über die Stirne, als wolle er Gedanken wegwischen. Mühsam erhob er sich. Auf seine beiden Stöcke gestützt, humpelte er am Ufer der Amblève dahin. Die Wasser kamen und gingen und murmelten ihre alten Weisen. Sollte sein Glück nicht wiederkommen. Hans setzte sich an einer scharfen Wegebiegung auf einen Radabweiser. Er verlor sich in Sinnen. Er sah sich mit Josephine durch das Tal wandern, das erfüllt war mit fröhlichen, festlich gekleideten Menschen. Er sah sie alle einem Banner folgen, auf dem geschrieben stand: Organisation und Arbeit! Brüderlichkeit und Friede!

Er hatte seinen Kopf in die Hand gelegt und starrte zu Boden: Soll alles aus sein? Er hörte Schritte, und als er aufblicken wollte, spürte er den Druck einer Hand auf seiner Schulter, den er gut kannte. Josephine stand vor ihm.

„Du leidest, Hans?" fragte sie leise. „Wer leidet heute nicht? Aber wie Deine Wunden vernarbt sind, werden wohl alle Wunden vernarben!"

Hans sah sie an und jauchzte auf in Hoffnung: „Josephine!"

Wie groß sind die Balkanländer?

Der Balkan, die Wetterecke Europas, der den Weltkrieg entflammt hat und nach längerer Unterbrechung jetzt fast zum wichtigsten Kriegsschauplatz geworden ist, zieht die Augen der ganzen Welt auf sich, und täglich werden die Landkarten dieser Länder studiert, um den Kriegsberichten folgen zu können. Ob sich aber schon viele klar gemacht haben, wie groß diese so heiß umstrittenen Länder eigentlich sind? Ein einfacher Weg dazu ist der Vergleich mit den entsprechenden deutschen Ländern.

Die Balkanhalbinsel (einschließlich Rumänien, das geographisch nur teilweise dazu gehört), ist ungefähr genau so groß wie Deutschland (541 000 Quadratkilometer) und die Schweiz (41 000 Quadratkilometer) zusammen. Ohne die beiden Endzipfel, die ihren politischen Schwerpunkt außerhalb der Halbinsel haben, Dalmatien und europäische Türkei, ist der Balkan fast genau so groß wie Deutschland und wenig größer als Frankreich (536 000 Quadratkilometer).

Rumänien allein, der bisher größte Balkanstaat, ist mit rund 139 000 Quadratkilometern fast genau so groß wie ganz Süddeutschland: Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hessen und Hohenzollern, oder wie Brandenburg, Schlesien, Posen und Pommern zusammen. Der übrige Balkan südlich der Donau und Save ist also genau so groß wie Nord- und Mitteldeutschland zusammen. Griechenland (116 000 Quadratkilometer) ist fast so groß wie Bayern, Württemberg, Baden und Hessen ohne Oberhessen oder wie die Provinzen Brandenburg, Schlesien, Posen und der halbe Regierungsbezirk Stettin. Bulgarien (110 000 Quadratkilometer) entspricht etwa Bayern, Württemberg und Baden oder Brandenburg, Schlesien und Posen. Serbien (81 000 Quadratkilometer) gleicht etwa Bayern und Hessen ohne Oberhessen oder Brandenburg und Schlesien. Der österreichische Anteil, Bosnien und Herzegowina (51 000 Quadratkilometer) und Dalmatien (12 800), ist zusammen größer als Südwestdeutschland: Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hessen, Rheinpfalz und Hohenzollern, oder etwas kleiner als Schlesien und Posen. Der europäische Zantapfel Albanien (28 000) entspricht Baden und Elsaß-Lothringen oder Pommern. Nur wenig kleiner ist die europäische Türkei (28 000). Das „steinreiche" Land der schwarzen Berge, Montenegro, steht mit 14 000 Quadratkilometern zwischen Elsaß-Lothringen und Mecklenburg-Schwerin.

In diesen Ländern wohnen gegenwärtig nur etwa 20 Millionen Menschen. Die Größe, zum Teil auch die Fruchtbarkeit der jetzt nur dünn besiedelten Flächen verheißt ihnen noch große Entwicklungsmöglichkeiten und darauf beruht zum Teil in höherem Maße ihre Bedeutung als auf der jetzigen Bevölkerung. Um ein wichtiges Gebiet wird der Balkan vielleicht vergrößert werden, um Beßarabien, das schon einmal zu ihm gehört hat. Es ist mit 45 600 Quadratkilometern größer als Rheinland und Hessen-Nassau oder so groß wie Westpreußen und halb Ostpreußen. Rumänien wurde dann mit etwa 185 000 Quadratkilometern (so groß wie der preußische Osten, aber unvergleichlich fruchtbarer) und über 10 Millionen Menschen eine sehr bedeutende Macht darstellen.

Welche Verschiebungen der Friede auf dem Balkan herbeiführen wird, läßt sich noch nicht übersehen, da alle Hoffnungen und Entwürfe der Beteiligten sich gegenseitig durchkreuzen. Die Ereignisse der letzten Zeit lassen aber eine starke Vergrößerung Bulgariens erwarten, die es Rumänien an die Seite stellen wird.

Kleines Feuilleton

Das Irak.

Die entscheidende Niederlage, die die Engländer im Irak erlitten haben, lenkt unsere Augen von neuem und stärker als vorher nach diesen Ländern des fernen Ostens. Man unterscheidet zwei mit dem Namen Irak bezeichnete Landgebiete, das Irak-Adschmi, das das ganze Zentrum Persiens umfaßt, und das Irak-Arabi, das türkische Irak, in dem sich gegenwärtig die Kämpfe mit den Engländern abspielen. Dieses türkische Irak hat keine ganz bestimmten Grenzen. Am Persischen Golf, wo der Schatt-el-Arab, die Vereinigung des Euphrat und Tigris, ins Meer fließt, beginnt die Provinz Basra, deren nördlicher Teil bereits zum Irak gehört, das sich in weiter Ebene am Euphrat und Tigris bis über Bagdad hinaus erstreckt und den größten Teil der Provinz Bagdad noch mitumfaßt. Schon die Erwähnung der Provinz und Stadt Bagdad zeigt uns die ungemeine Wichtigkeit gerade dieses Teiles der Türkei. Zwischen Bagdad am Tigris und Babylon am Euphrat liegt ja auch der schmale Teil von Mesopotamien, in den viele Geographen den Garten Eden des Alten Testaments, das Paradies der Bibel, verlegen. In Bagdad, das früher eine ungemein große Zahl von Moscheen, Kapellen, Bethäusern aller Art besaß, sind die Bauwerke der Kalifen meist verschwunden, nur einzelne Moscheen sowie die Türme und die drei Tore erinnern noch an die einstige Größe der Stadt, die 762 bis 766 von Almansor erbaut und zur Residenz bestimmt, unter Harun-al-Raschid und seinen Nachfolgern zu größter Blüte gelangte. Aber die wiederholten Mongolenstürme verwüsteten den Wohlstand vollständig; man braucht ja nur an die berüchtigten Schädeltürme zu denken, die 1401 nach der Erstürmung von dem Mongolenkhan Timur aus 90000 Köpfen der Gefallenen als Trophäe errichtet wurden. 1534 wurde Bagdad zum erstenmal von den Osmanen erobert, von denen es nach neunzig Jahren die Perser wieder zurückgewannen. Erst fünfzehn Jahre später, im Dezember 1638, wurde die Stadt wieder von den Heeren des türkischen Sultans Murad erstürmt und ist seitdem fester Besitz der Osmanen geblieben. Nach der endgültigen Erstürmung durch die Türken war die Einwohnerzahl der Stadt auf 15 000 gesunken; knapp hundert Jahre später hatte sie bereits wieder 100 000 erdreicht; obwohl die Pest im Jahre 1773 gegen 60 000 Menschen hinraffte, hob sich die Einwohnerzahl doch bald wieder auf 150 000. Aber mehrfach wurden die Stadt und das Land durch Pest und Ueberschwemmungen heimgesucht, so daß die Einwohnerzahl Bagdads zu Anfang unseres Jahrhunderts nur auf 80 000 geschätzt wurde. Doch scheint das nicht richtig zu sein, denn im englischen statistischen Jahrbuch für 1914 werden bereits wieder 225 000 angegeben. Das Vordringen der Engländer gegen Bagdad sollte diesen Schlüssel des Orientverkehrs in ihre Gewalt bringen. Die Schlacht bei Ktesiphon macht diese Hoffnungen der Engländer auf neuen Landgewinn durch Krieg vorläufig zunichte.

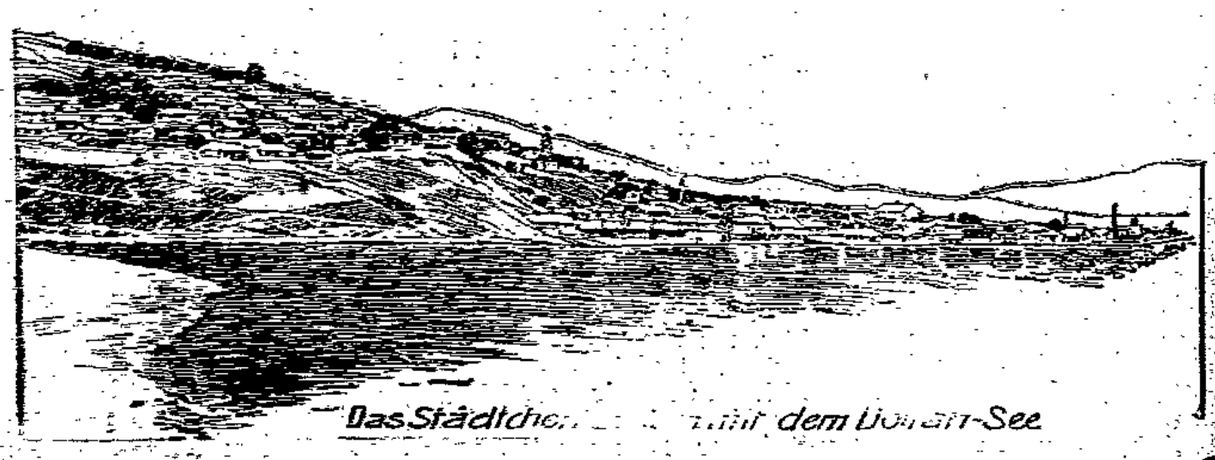
Firmenschilder im Altertum.

Daß das Reklameschild nicht erst eine Erfindung unserer modernen Zeit ist, zeigen in besonders anschaulicher Weise die Funde, die in dem vor bald 2000 Jahren durch einen Aschenregen des Vesuvs verschütteten Pompeji gemacht wurden. Diese Schilder waren als Reliefs in die Läden oder Häuser eingelassen. Zwei Männer, die eine Amphora tragen, verkünden, daß in diesem Laden Wein verkauft wird, eine Ziege weist auf einen Milchladen hin. Ein Maurer hat an seinem Hause eine Platte angebracht, auf der allerlei Geräte seines Handwerks zu sehen sind, und darunter steht der berühmte Name Diogenes; aber es ist nicht der mit der Laterne Menschen suchende Weise, an den wir unwillkürlich denken, nein, der Mann bezeichnet sich selbst als „Struktor", also jemand, der sich mit wirklichen Dingen befaßt, indem er Häuser erbaut, während sein großer Namensvetter eine Tonne als Behausung für ausreichend hielt. In anderen Fällen ist das Schild durch Malerei hergestellt. So finden wir an einem Wirtshaus einen kunstvoll gemalten Elefanten, an einem anderen eine Lampe, keine wirkliche, sondern eine gemalte, als Zeichen, daß es hier eine Herberge gibt. Einige Marmorreliefs sind ebenfalls gut erhalten. Wir sehen hier z. B. in Marmor gebildete und wohlerhaltene fünf Schinken, die wahrscheinlich als leckeres Aushängeschild für eine Taberne gedient haben.

Heiteres

Amerikanischer Kriegshumor. Wir hoffen, daß England nicht wird zur allgemeinen Dienstpflicht greifen müssen, um die Regierung vollzählig zu erhalten. (Grand Rapids Preß.) — Großbritannien hat viele „unberührte Hilfsquellen". Aber es hat den Anschein, daß sie ewig unberührt bleiben werden. (Chicago Herald.) — Wir weigern uns in Zukunft, noch eine Unterredung mit Joffre zu bringen, in der der Berichterstatter andauernd redet und Joffre von Zeit zu Zeit recht gedankenvoll mit dem Kopf nickt. (Kansas City Star.)

Landschaft bei Gjevgeli am Wardar in Mazedonien.



Das Städtchen [illegible] mit dem Doiran-See

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.